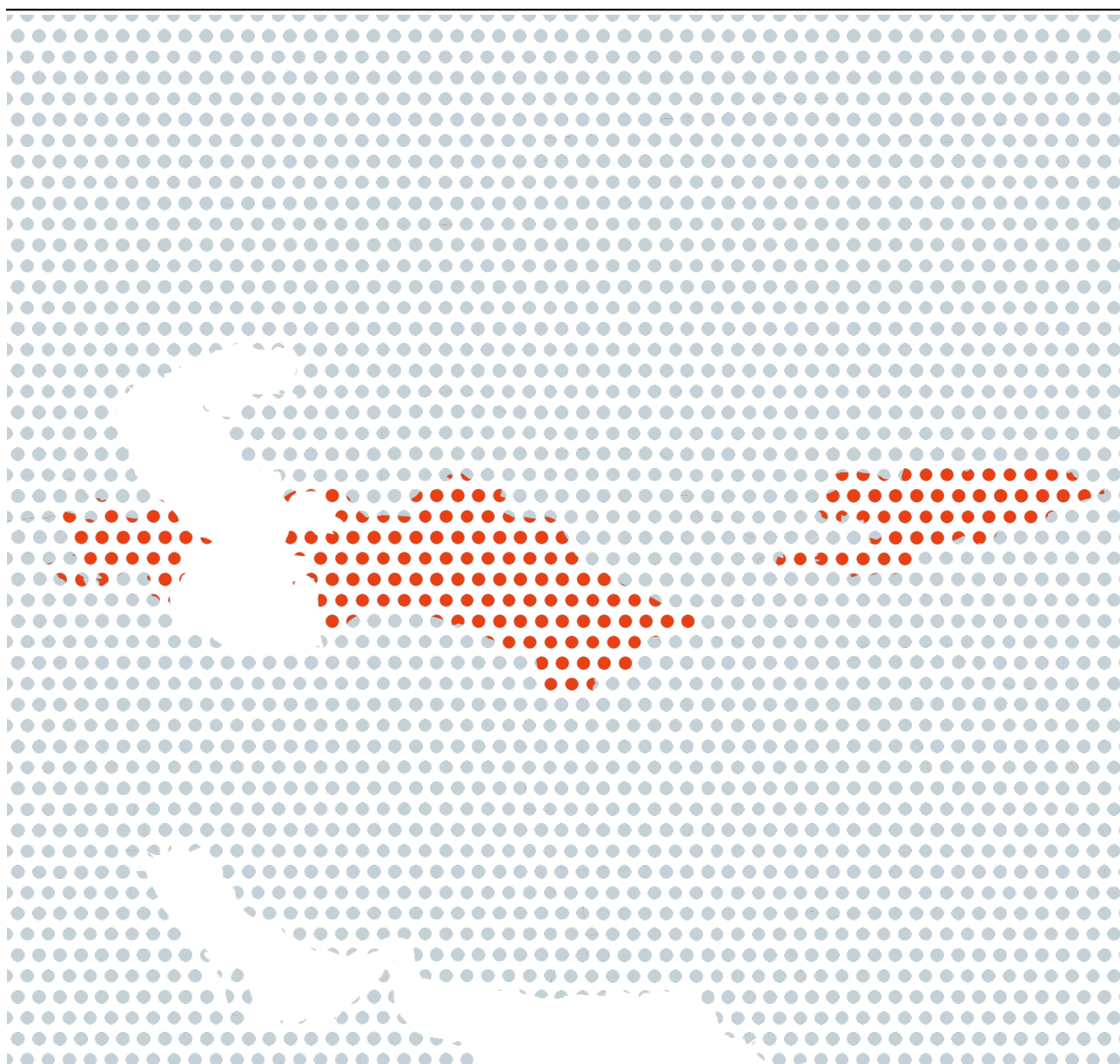


Aserbaidtschan, Kirgisistan & Turkmenistan

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Waffensysteme für die Region	8
Militärausgaben	11
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte in der Region	22
Innere Lage in den Empfängerländern	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	31
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität der Länder	38

ZUSAMMENFASSUNG

Grunddaten zum Militärischen Sektor

Aserbaidtschan, Kirgisistan und Turkmenistan gehören nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Kirgisistan erhielt in den vergangenen Jahren vor allem Jagd- und Sportwaffen aus Deutschland, Aserbaidtschan insbesondere Geländewagen mit Sonderschutz. Der im Vergleich der drei Staaten mit Abstand größte Abnehmer deutscher Rüstungsgüter ist Turkmenistan, das unter anderem Kommunikations- und Navigationsausrüstung, Identifikationssysteme, Ausrüstung für elektronische Gegen- und Schutzmaßnahmen, Sicherheitsstahl, Flugabwehrsysteme sowie Teile für Kampfflugzeuge und Kampfschiffe in ein- bis zweistelliger Millionenhöhe erhalten hat. Für Turkmenistan sind die Türkei und Italien die wichtigsten Waffenlieferanten; Kirgisistan, das im regionalen Vergleich nur in sehr geringem Umfang Großwaffensysteme importiert, bezieht diese fast ausschließlich aus Russland, zuletzt jedoch ebenso aus der Türkei. Aserbaidtschan importierte in den vergangenen fünf Jahren vor allem Waffen aus Israel und Russland.

Aserbaidtschan wies 2022 mit fast 2,7 Milliarden US-Dollar im regionalen Vergleich die höchsten Militärausgaben der GUS-Staaten (abgesehen von Russland und der Ukraine) auf, obwohl es zu den eher kleineren ehemaligen Sowjetrepubliken zählt. Der Ölexporteur investierte 2022 4,5 Prozent seines BIPs in den militärischen Sektor. Insbesondere seit 2010 stiegen die Militärausgaben im Zuge wechselseitiger verbaler Provokationen und militärischer Konfrontationen mit Armenien deutlich an. Infolge gesunkener Rohstoffpreise investierte Aserbaidtschan jedoch zwischenzeitlich wieder weniger ins Militär.

Die veraltete Militärtechnik der ehemaligen Sowjetunion, die bei der Gründung der Republik Aserbaidtschan 1991 zum größten Teil in den Besitz der Streitkräfte übergegangen war, wurde durch moderne, im Inland produzierte oder aus dem Ausland importierte Waffensysteme ersetzt. Neben rund 5.000 Soldat:innen sind in der Region Bergkarabach derzeit moderne Kampfpanzer sowie gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriesysteme sowie weitere schwere Waffen stationiert. Die Gesamtstärke des Militärs liegt deutlich über dem regionalen Durchschnitt (ausgenommen Russland und Ukraine).

Turkmenistan ist bestrebt, seine Armee zu modernisieren. Ähnlich wie andere GUS-Staaten hat auch Turkmenistan nach dem Zusammenbruch der UdSSR die sowjetische Militärinfrastruktur weitergehend übernommen. Das größte Problem der turkmenischen Verteidigung bleibt die mangelhafte Qualifizierung des Militärpersonals, sodass die turkmenischen Streitkräfte, trotz moderner Kampffjets und -panzer, insgesamt durch eine niedrige Einsatzfähigkeit gekennzeichnet sind.

Die kirgisische Armee ist die kleinste und schwächste in der zentralasiatischen Region und zählt 10.900 aktive Soldat:innen. Da Kirgisistan 2022 lediglich 131 Millionen US-Dollar in sein Militär investierte, liegt dieser Haushaltsposten mit rund 1,5 Prozent des nationalen BIP unter dem regionalen Durchschnitt (2,1). Die Militärdoktrin vom Juli 2013 enthielt detaillierte Pläne zur Reform der Streitkräfte mit verbesserten Führungsstrukturen, effektiver militärischer Logistik und einem modernen Luftverteidigungssystem. Bis heute scheint es diesbezüglich allerdings nur wenige Fortschritte gegeben zu haben.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Seit 1992 existiert ein Ersuchen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an die Mitgliedsstaaten, gegen die Konfliktparteien im Bergkarabach-Konflikt nationale Waffenembargos zu verhängen. In Deutschland besteht seither ein Waffenembargo gegen Aserbaidshan. Gegen Kirgisistan und Turkmenistan bestehen derzeit keine Waffenembargos der Europäischen Union, Vereinten Nationen oder OSZE.

Aserbaidshan, Kirgisistan und Turkmenistan sind den meisten internationalen Menschenrechtsabkommen und Vereinbarungen des humanitären Völkerrechts beigetreten. Die Menschenrechtslage ist jedoch in allen drei Staaten kritisch. Die Polizei ist als Instrument des staatlichen Repressionssystems in allen drei Staaten für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen, wie Folter, Misshandlungen mit Todesfolge und die gewaltsame Niederschlagung zivilgesellschaftlicher Proteste, auch unter Einsatz von Schusswaffen, verantwortlich.

Aserbaidshan befindet sich seit 1991 in einem bewaffneten Konflikt mit der selbsternannten Republik Arzach (bis 2017 Republik Bergkarabach) sowie der Regierung von Armenien um die Region Bergkarabach. 2020 kam es zur schwersten militärischen Eskalation seit 1994, bei der auch hunderte Zivilist:innen starben. Beide Regierungen werfen sich aktuell vor, gegen das unter russischer Vermittlung beschlossene Waffenstillstandsabkommen zu verstoßen, was von russischer Seite bestätigt wurde. Die Situation wird zusätzlich dadurch angeheizt, dass sich der Konflikt nun auch um südarmenische Gebiete dreht, an deren Grenze aserbaidshanische Streitkräfte vorgedrungen sind und die aserbaidshanische Politiker:innen als Territorium Aserbaidshans bezeichnen. Stand 2023 scheint sich ein Friedensvertrag anzubahnen, dessen Ausgestaltung und Umsetzung aber zunächst abzuwarten bleibt. In Kirgisistan und Turkmenistan gibt es zurzeit keine bewaffneten innerstaatlichen Konflikte. Allerdings existieren in Kirgisistan nach wie vor Spannungen zwischen Kirgis:innen und Angehörigen der usbekischen Minderheit. Die vermeintliche Stabilität Turkmenistans basiert nicht zuletzt auf der massiven Unterdrückung oppositioneller Kräfte durch den Staatsapparat.

Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten, zu denen auch Kirgisistan und Turkmenistan zählen, sind gekennzeichnet durch verschiedene Konflikte; etwa um den Zugang zu Wasser und Rohstoffen. Im Südkaukasus bestimmt derzeit primär der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan um Bergkarabach die Sicherheitslage. Nicht unproblematisch sind auch die Beziehungen zwischen Aserbaidshan und dem Iran sowie Konflikte der Anrainerstaaten um die Öl- und Gasvorkommen im Kaspischen Meer.

Als Folge des Gewaltkonfliktes in der Region Bergkarabach vermittelt die OSZE seit 1992 zwischen den Parteien; im Februar 2023 wurde auf Bitten Armeniens eine rund 100 Polizist:innen starke zivile Beobachtermission an die Grenze entsendet.

Alle drei Staaten sind den wichtigsten internationalen Abkommen zur Terrorismusbekämpfung beigetreten. Zentralasien ist mit einer zunehmenden islamistischen Radikalisierung konfrontiert. Die organisierte Kriminalität floriert sowohl in Zentralasien, als auch im Kaukasus. Im Zuge des Konflikts in Afghanistan waren alle drei Staaten lange Zeit vom illegalen Waffenhandel betroffen. Wie sich die Situation unter der erneuten Taliban-Führung entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Viele der Transportrouten in und aus Afghanistan verlaufen durch die südkaukasische sowie zentralasiatische Region.

Während für Turkmenistan keine verlässlichen Angaben bestehen, investieren Kirgisistan und insbesondere Aserbaidshan sehr viele Ressourcen in das Militär. Die Entwicklung (nach dem Human Development Index) in Aserbaidshan ist aber vergleichsweise hoch. Kirgisistan schneidet hinsichtlich einiger sozio-ökonomischer Rahmendaten schlechter ab. Sollte sich der Anteil der Militärausgaben am BIP deutlich erhöhen, so besteht ein Risiko, dass dies zu Lasten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geht.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2010-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Aserbaidshon	Kirgisistan	Turkmenistan
2010	Gesamtwert: 0,39 Geländewagen mit Sonder- schutz: 100%	Gesamtwert: 0,01 Sportgewehre: 69,2% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 30,8%	Gesamtwert: 0,02 Jagdgewehre und Sportge- wehre: 72,6% Teile für Panzer: 25,6%
2011	Gesamtwert: 0,33 Flugkörperabwehrsysteme und Teile für Flugkörperab- wehrsysteme: 100%	Gesamtwert: 0,06 Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 76,5% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 23,5%	Gesamtwert: 2,83 Kommunikationsausrüstung, Identifikationssysteme und Teile für Kommunika- tions- ausrüstung, Navigationsaus- rüstung: 53,6% Teile für Hubschrauber: 35,4%
2012	---	Gesamtwert: 0,02 Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 50,9% Beschusshemmende Vergla- sung [Botschaft]: 25,5% Jagdgewehre und Sportge- wehre: 23,6%	Gesamtwert: 3,83 Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Identifizierungssysteme und Teile für elektronische Aus- rüstung, Kommunika- tions- ausrüstung, Navigationsaus- rüstung: 99,9%
2013	Gesamtwert: 0,35 Geländewagen mit Sonder- schutz [Regierungsfahrzeug]: 74,7% Teile für eine Tunnelvor- triebsmaschine: 25,3%	---	Gesamtwert: 39,32 Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektroni- sche Gegen-/Schutzmaßnah- men und Teile für Kommuni- kationsausrüstung, elektro- nische Gegen-/Schutzmaß- nahmen, Baugruppen: 81%
2014	---	Gesamtwert: 0,22 Geländewagen mit Sonder- schutz [Botschaft]: 95,5%	Gesamtwert: 4,27 Teile für Flugabwehrsys- teme für Schiffe: 78,6% Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüs- tung und Teile für Magnet- feldröhren, Navigationsaus- rüstung: 21,4%
2015	---	Gesamtwert: 0,12 Jagdgewehre, Jagdselftlade- flinten, Mündungsbremsen	Gesamtwert: 10,63 Kommunikationsausrüstung, Mess-ausrüstung,

Jahr	Aserbaidshon	Kirgisistan	Turkmenistan
		und Teile für Jagdgewehre: 47% Bombenschutzanzüge: 27,6% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 25,4%	Prüfausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 51% Sattelaufleger: 42,3%
2016	Gesamtwert: 0,29 Geländewagen mit Sonder-schutz: 95,5%	Gesamtwert: 0,02 Jagdgewehre: 100%	Gesamtwert: 6,39 Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Funkaufklärung: 40,6% Sicherheitsstahl: 19,3% Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 16,7% Flugabwehrsysteme (ohne Waffen) und Teile für Flugabwehrsysteme: 14,8%
2017	Gesamtwert: 0,30 Geländewagen mit Sonder-schutz: 100%	Gesamtwert: 0,04 Bombenschutzanzüge: 75,2% Jagdgewehre und Teile für Jagdgewehre: 24,8%	Gesamtwert: 3,58 Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 96,2%
2018	Gesamtwert: 0,05 Bodengeräte: 96,1%	Gesamtwert: 0,21 Jagdgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine, Mündungs-bremsen und Teile für Jagdgewehre: 74,7% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 25,3%	Gesamtwert: 0,02 Teile für Hubschrauber: 87,6%
2019	---	Gesamtwert: 0,46 Jagdgewehre, Sportgewehre, Magazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 100%	Gesamtwert: 7,58 Unterwasserortungsgeräte und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 79,4% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 19,5%
2020	Gesamtwert: 0,20 Geländewagen mit Sonder-schutz: 100%	Gesamtwert: 0,92 Jagdgewehre, Magazine, Schalldämpfer, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 96,7%	Gesamtwert: 9,24 Teile für Kampfflugzeuge und Schleudersitze: 68,4% Teile für Kampfschiffe: 13,9%
2021	---	Gesamtwert: 1,29 Jagdgewehre, Wechseltmagazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 92,9%	Gesamtwert: 3,43 Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung: 91,5%

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2010-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 2010-2021

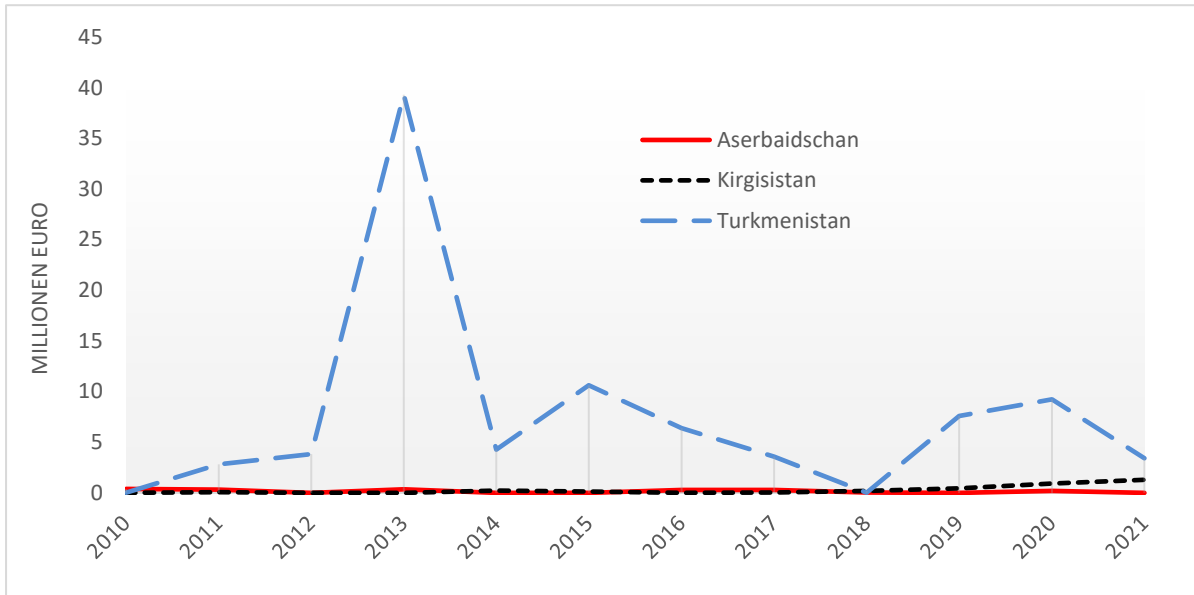
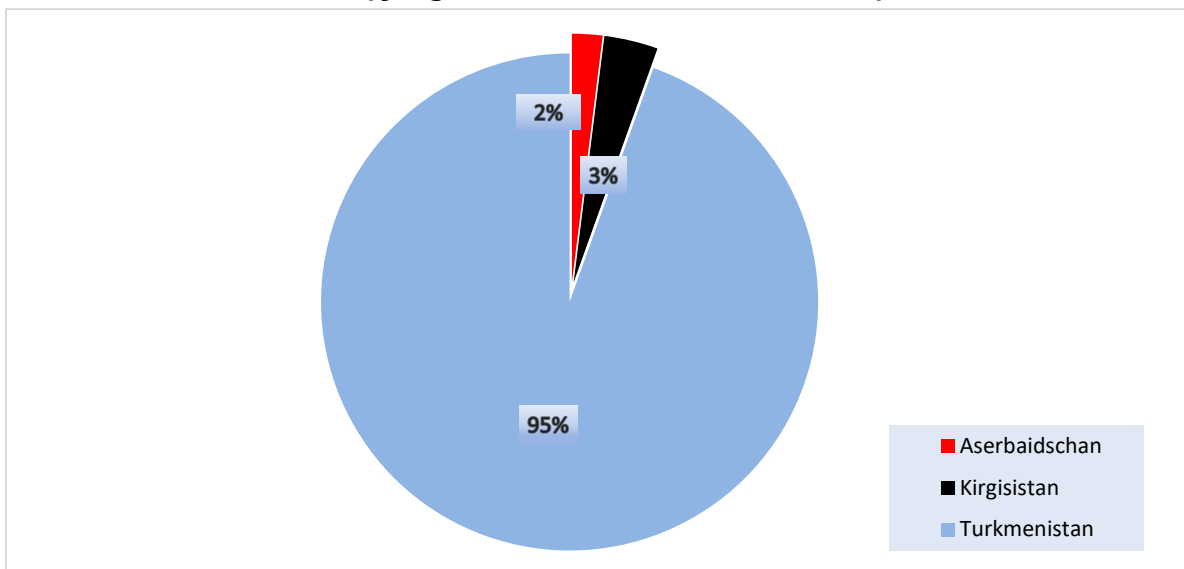


Schaubild 2

Prozentualer Anteil der Empfängerländer am Gesamtwert der Exporte, 2010-2021



Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2010-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Kommentar

Aserbaidshan, Kirgisistan und Turkmenistan gehören nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland regelmäßig Jagd- und Sportwaffen mit dazugehöriger Munition sowie Bombenschutzanzüge nach Kirgisistan. Aserbaidshan erhielt, in geringem finanziellem Umfang, insbesondere Geländewagen mit Sonderschutz aus deutscher Produktion. Im Juni 2018 unterzeichnete der Rüstungskonzern Rheinmetall auf der Pariser Rüstungsmesse Eurosatory jedoch eine Absichtserklärung über eine künftige bilaterale Kooperation mit der Kaukasusrepublik, gegen die seit 1992 aufgrund der Beteiligung am Bergkarabach-Konflikt ein Waffenembargo der OSZE besteht.

Der im Vergleich mit Abstand größte Abnehmer deutscher Rüstungsgüter ist Turkmenistan, das laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand: Juni 2023) zwischen 2018 und 2022 an 56. Stelle unter den weltweit größten Waffenimporteuren rangiert. So erhielt der zentralasiatische Staat aus Deutschland Kommunikations- und Navigationsausrüstung, Identifikationssysteme, Ausrüstung für elektronische Gegen- und Schutzmaßnahmen, Sicherheitsstahl, Flugabwehrsysteme sowie Teile für Kampfflugzeuge und Kampfschiffe in ein- bis zweistelliger Millionenhöhe. Die vom Volumen her höchsten genehmigten deutschen Rüstungsexporte nach Turkmenistan entfielen mit insgesamt 39,32 Millionen Euro auf das Jahr 2013. Turkmenistan ist zugleich der einzige Staat, der in den vergangenen zehn Jahren Großwaffensysteme aus Deutschland importierte. So wurden 2011 zehn D-2848 Dieselmotoren für österreichische Survivor-2 Mannschaftstransporter und 2014 zwölf MTU-4000 Dieselmotoren für sechs schnelle Angriffsboote aus der türkischen De-arsan-Werft bestellt, die von MTU in Friedrichshafen produziert und zwischen 2015 und 2017 ausgeliefert wurden. Zusätzlich gelangte über den Re-Export Italiens deutsche Rüstungstechnik (Teile für gepanzerte Fahrzeuge) nach Turkmenistan. Die Lieferung von Granatwerfern und Gewehren wurde der Schmeisser GmbH 2010 untersagt. 2021 wurden laut SIPRI-Datenbank vier MAN-18V Dieselmotoren aus Deutschland geliefert, die für eine türkische C-92 Fregatte bestimmt sind.

Bedeutung deutscher Waffensysteme für die Region

Tabelle 2

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Region 2018-2022, Mio. TIV¹

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Aserbaidshan	365	44	37	-	-	446

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Kirgisistan	1	15	-	1	12	29
Turkmenistan	-	-	-	348	-	348

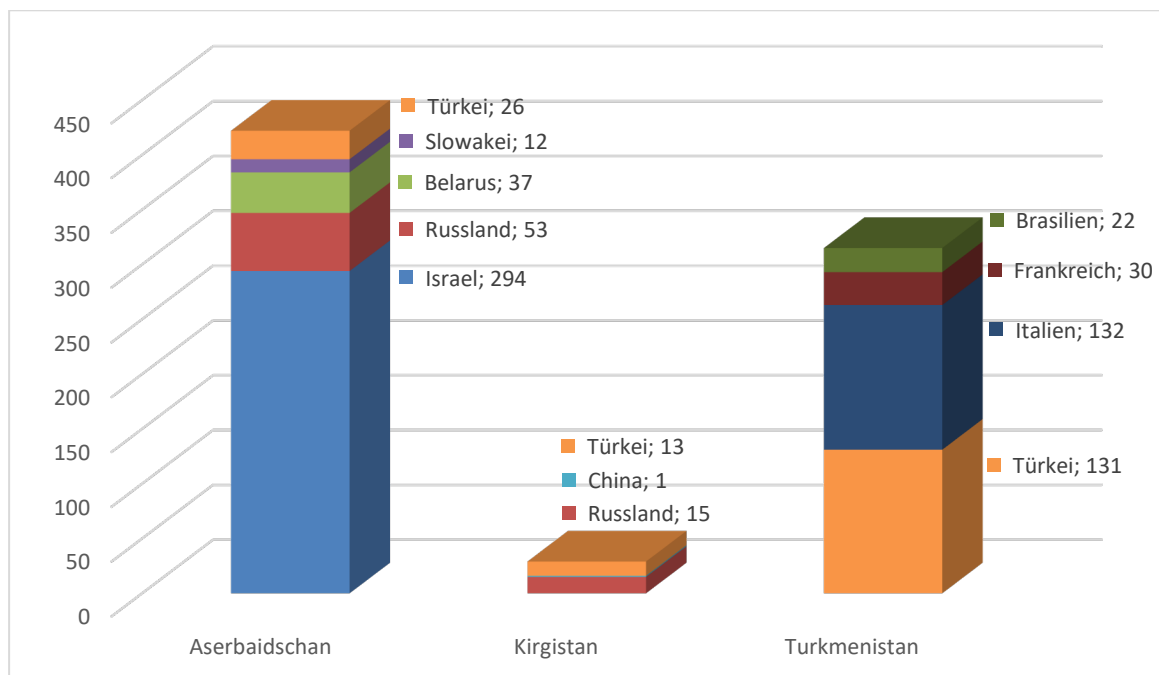
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 3
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Region 2018-2022, Mio. TIV

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Aserbaidshan	-	-	-	-	-	-
Kirgisistan	-	-	-	-	-	-
Turkmenistan	-	-	-	6	-	6

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 3
Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen zwischen 2018-2022, in Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Für Turkmenistan zählte in den letzten fünf Jahren die Türkei und Italien zu den wichtigsten Rüstungslieferanten: Die Türkei etwa lieferte 2021 eine C-92 Fregatte, die in Lizenz in Turkmenistan hergestellt wird; Deutschland lieferte hierfür im selben Jahr die entsprechenden MAN-18V Dieselmotoren. Außerdem lieferte die Türkei seit 2013 acht YTBK Patrouillenboote, sechs Dearsan 33m Schnellboote und insgesamt 139 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Cobra und Kirpi. 2020 orderte Turkmenistan zudem drei Bayraktar TB-2 (bewaffnete Drohnen), die 2021 vollständig geliefert wurden. Turkmenistan war im Jahr 2021 wichtigster Abnehmer türkischer Rüstungsgüter. Auch China lieferte bewaffnete Drohnen: seit 2015 jeweils zwei CH-3 und WJ-600. Daneben exportierte China vornehmlich Luftabwehrraketen und entsprechende Abschussvorrichtungen hierfür sowie zwei Luftraumsuchradare. Italien, als zweitwichtigster Lieferant für Turkmenistan, lieferte seit 2013 neun Marinegeschütze, sechs Leichthelikopter (A-109K), zwei Transportflugzeuge (C-27J Spartan), 25 Schiffsabwehrraketen des Typs Marte-2 für die türkischen Schnellboote und 15 des Typs Otomat-2 für die türkische Fregatte, ein Kronos Multifunktionsradar sowie sechs Kampfflugzeuge (M-346FA). Auch aus Brasilien erhielt Turkmenistan Trainings- und Kampfflugzeuge (fünf EMB-314 Super Tucano). Aus Frankreich und weiteren Ländern bezog es überwiegend Luftabwehrraketen (inkl. entsprechender Systeme) und wenige gepanzerte Fahrzeuge.

Für Kirgistan war, abgesehen von einer Schenkung von sechs gepanzerten Fahrzeugen vom Typ Tiger durch China im Jahr 2019, Russland der einzige Waffenlieferant zwischen 2017 und 2021. Kirgistan importiert im regionalen Vergleich nur in sehr geringem Umfang Großwaffensysteme. Seit 2021 wurden aus der Türkei jedoch bewaffnete Drohnen geordert: drei Bayraktar TB-2 und zwei Akinci (bereits 2022 geliefert) und jeweils zwei der Typen Aksungur und Anka. Unter den Importen aus Russland finden sich zehn D-30 Haubitzen, 60 BTR-70 Schützenpanzer, zwei leichte Transportflugzeuge vom Typ Antonow An-26, neun gepanzerte Aufklärungsfahrzeuge vom Typ BRDM-2, vier Mi-8MT Transporthubschrauber sowie zwei Luftraumsuchradare (alle gebraucht und als Schenkung). Laut SIPRI lag Kirgisistan zwischen 2018 und 2022 im Ranking der weltweit größten Waffenimporteure lediglich an 115. Stelle.

Aserbaidschan hingegen steht in diesem Ranking im gleichen Zeitraum auf Platz 53. Es importierte in den vergangenen fünf Jahren konventionelle Großwaffensysteme im Umfang von rund 446 Millionen TIV, wovon rund 66 Prozent aus Israel stammten. So erhielt Aserbaidschan in den vergangenen Jahren hochmoderne Waffensysteme aus Israel, darunter zehn Orbiter-3 und zwei Hermes-900 Drohnen. Die kleine Orbiter-Drohne wird auch in verschiedenen Versionen – etwa als Loitering Munition – mit Lizenz in Aserbaidschan produziert. An Loitering Munition erhielt es seit 2015 außerdem 100 Harop und 250 SkyStriker. Zudem lieferte Israel zwischen 2015 und 2018 sechs OPV-62 Schnellboote. Bereits zwischen 2014 und 2015 waren sechs solcher Schnellboote (Shaldag) geliefert worden. Seit 2016 lieferte es außerdem hunderte Flugabwehr- und Panzerabwehrraketen sowie entsprechende Abschussvorrichtungen. Außerdem lieferte Israel zwischen 2016 und 2018 100 gepanzerte Fahrzeuge des Typs SandCat. Als zweitwichtigster Rüstungslieferant Aserbaidschans in den Jahren 2018 bis 2022 belieferte Russland den Staat der einstigen Sowjetrepublik unter anderem mit 76 BTR-82A Schützenpanzern, 24 Khrizantema Jagdpanzern sowie 800 Panzerabwehrraketen. Zwischen 2010 und 2015 lieferte Russland bereits 66 Mi-8MT Transporthelikopter, 118 BMP-3 Schützenpanzer sowie

100 T-90S Panzer. Nach einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im September 2018 bekräftigte der aserbaidische Staatschef Ilham Aliyev, dass die Ex-Sowjetrepublik ihre Armee auch zukünftig weiter umfangreich mit russischen Waffen modernisieren möchte. Medienberichten zufolge belief sich der Wert der russischen Waffenlieferungen an Ascherbaidische bereits in den Jahren 2010 bis 2015 auf über 4 Mrd. Euro.

Militärausgaben

Tabelle 4
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

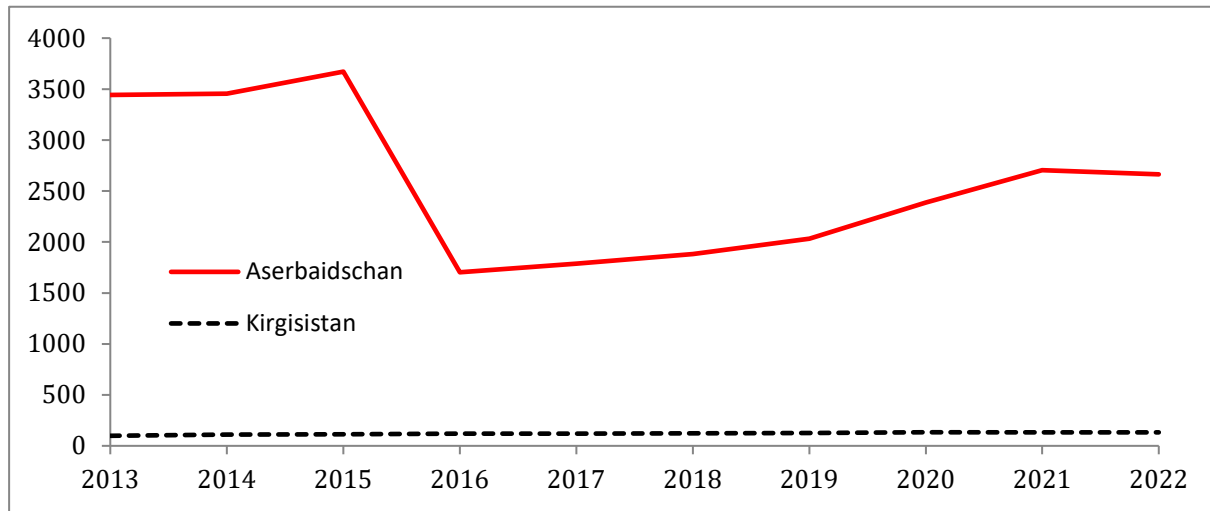
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)					
Aserbaidische	1880	2032	2387	2703	2665
Kirgisistan	124	126	133	133	131
Turkmenistan	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)					
Aserbaidische	3,6	3,9	5,4	5,3	4,5
Kirgisistan	1,5	1,5	1,7	1,6	1,5
Turkmenistan	-	-	-	-	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)					
Aserbaidische	10,7	11,9	13,0	15,4	14,9
Kirgisistan	4,6	4,5	4,9	4,4	4,3
Turkmenistan	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database: <https://milex.sipri.org/sipri>

Schaubild 4

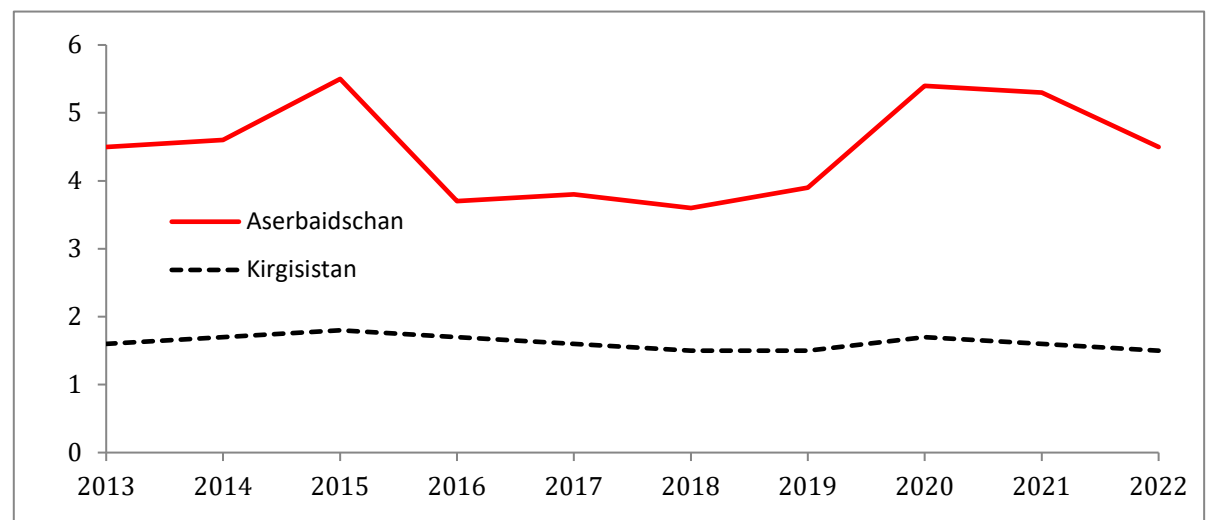
Absolute Militärausgaben, Trend 2013 – 2022 in Mio. USD



Für die turkmenischen Militärausgaben wurden keine Zahlen von SIPRI veröffentlicht. Alle Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database: <https://milex.sipri.org/sipri>

Schaubild 5

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2013 – 2022 (in Prozent)



Für die turkmenischen Militärausgaben wurden keine Zahlen von SIPRI veröffentlicht. Alle Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database: <https://milex.sipri.org/sipri>

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht:

Aserbaidshon: Ja; 18 Monate (12 Monate für Graduierte)

Kirgisistan: Ja; 18 Monate

Turkmenistan: Ja; 24 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

Aserbaidshon:

64.050 aktive Streitkräfte

Heer: 44.500

Luftwaffe: 8.650

Marine: 1.750

Weitere: 9.150

Paramilitärs: 15.000

Reserve: 300.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kirgisistan:

10.900 aktive Streitkräfte

Heer: 8.500

Luftwaffe: 2.400

Paramilitärs: 9.500

Turkmenistan:

36.500 aktive Streitkräfte

Heer: 33.000

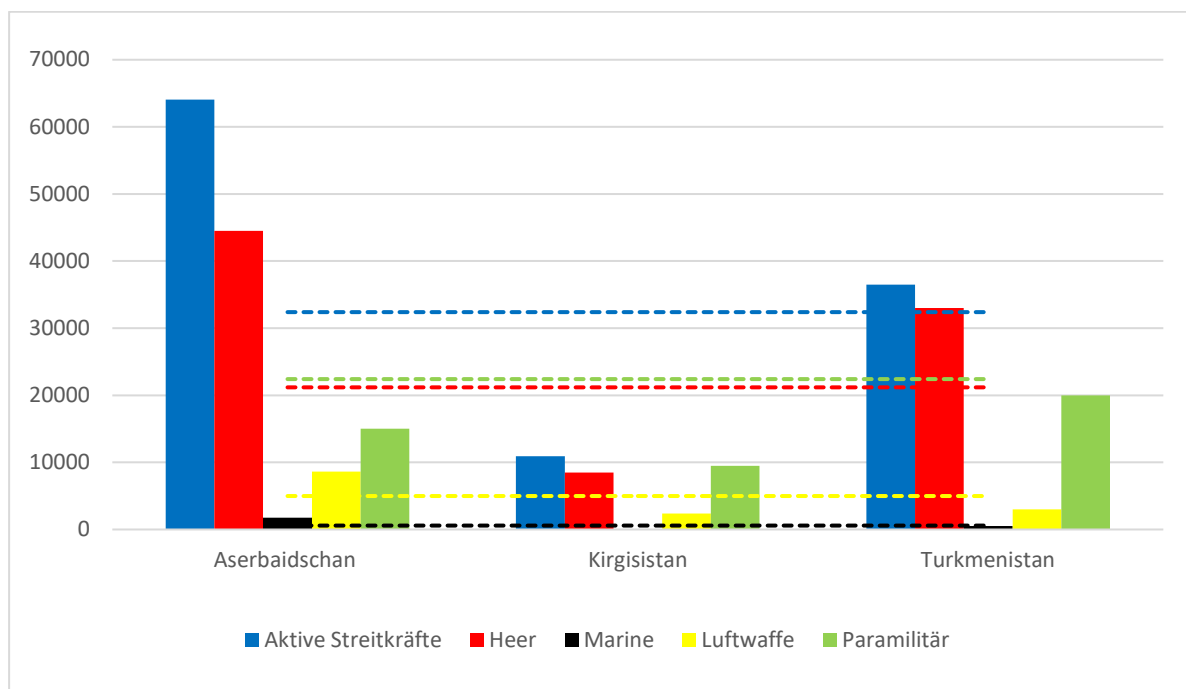
Luftwaffe: 3.000

Marine: 500

Paramilitärs: 20.000

Schaubild 7

Gesamtstärke der Streitkräfte im Vergleich, 2022



Die gestrichelte Linie veranschaulicht den jeweiligen Durchschnitt in der eurasischen Region. Bei der Berechnung dieses Durchschnittswerts wurden dabei folgende Länder berücksichtigt: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Aufgrund ihrer enormen Truppenstärke und der damit einhergehenden Verschiebung wurde auf die Berücksichtigung des russischen sowie des ukrainischen Militärs bewusst verzichtet. Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Nach Russland und der Ukraine weist Aserbaidschan 2022 mit 2,665 Milliarden US-Dollar im regionalen Vergleich die höchsten Militärausgaben der GUS-Staaten auf, obwohl es zu den eher kleineren ehemaligen Sowjetrepubliken zählt. Der Ölexporteur Aserbaidschan investierte in den vergangenen 10 Jahren durchgehend zwischen 3,6 und 5,5 Prozent des BIPs (2022 waren es 4,5 %) und über 10 Prozent der Staatsausgaben (2022 waren es 14,9 %) in den militärischen Sektor. Insbesondere seit 2010 stiegen die Militärausgaben im Zuge wechselseitiger verbaler Provokationen und militärischer Konfrontationen mit Armenien – primär in der südkaukasischen Region Bergkarabach – deutlich an. Seit 2011 erlaubten große Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasexport eine enorme Aufstockung des Militärbudgets. Die Kampfhandlungen mit dem armenischen Militär setzten sich in regelmäßigen Abständen fort. Im April 2016 etwa starben bei viertägigen Kämpfen 92 armenische und 31 aserbaidsschanische Soldat:innen. 2020 kam es im offen ausgetragenen (rund sechswöchigen) Krieg zu den bisher schwersten Kämpfen zwischen Aserbaidschan und Armenien seit 1994, bei denen tausende Menschen starben und Aserbaidschan einen Großteil des Gebietes wiedereroberte, das es vor dem Waffenstillstand 1994 verloren hatte. Die Spannungen zwischen beiden Staaten sind nach wie vor persistent, zuletzt eskalierte die Situation im September 2022. Rund 80 aserbaidsschanische und 200 armenische Soldat:innen kamen dabei ums Leben. Stand Juni 2023 bahnt sich ein Friedensvertrag an, dessen Ausgestaltung und Umsetzung jedoch noch abzuwarten bleibt. Durch den jahrzehntelangen Konflikt mit Armenien ist das aserbaidsschanische Militär kampferprobt. Die veraltete Militärtechnik der ehemaligen Sowjetunion, die bei der Gründung 1991 zum größten Teil in den Besitz der aserbaidsschanischen Streitkräfte übergegangen war, wurde durch moderne im Inland produzierte oder aus dem Ausland importierte Waffensysteme ersetzt. So wurde, als Folge der ständigen Gefechtsbereitschaft an der westlichen Landesgrenze, das militärische Equipment aller Teilstreitkräfte einer umfassenden Modernisierung unterzogen. Neben geschätzten 5.000 aserbaidsschanischen Soldat:innen befinden sich in Bergkarabach derzeit moderne Kampfpanzer sowie Aufklärer, rund 150 Schützenpanzer, Artilleriesysteme sowie Luftverteidigungs- und Panzerabwehrsysteme. Die Gesamtstärke des aserbaidsschanischen Militärs (sowie des Heers und der Luftwaffe) liegt deutlich über dem regionalen Durchschnitt. Der Binnenstaat am Kaspischen Meer verfügt mit 300.000 Personen zusätzlich über eine große Anzahl militärisch ausgebildeter Reservist:innen. Dem Innenministerium unterstehen weitere 15.000 paramilitärische Einheiten, darunter der staatliche Grenzschutz inklusive Küstenwache (rund 5.000 Paramilitärs) sowie die Truppen des Inneren (über 10.000 Paramilitärs). Militärisch kooperiert Aserbaidschan eng mit den USA, Pakistan und insbesondere mit der Türkei. So werden die Eliteeinheiten des Heeres von türkischen Offizier:innen ausgebildet und die Streitkräfte halten gemeinsame Übungen ab (etwa TurAz Eagle). 2022 wurde zudem beidseitig die Schuscha-Erklärung ratifiziert, die die Beziehung beider Staaten vertieft und die Zusammenarbeit im Falle der Bedrohung durch einen Drittstaat vorsieht. Seit 2013 ist Aserbaidschan neben der Türkei Kirgisistan und ehemals der Mongolei Mitglied

der TAKM, einer eurasischen Strafverfolgungsbehörde mit militärischem Status. Aserbaidtschan ist auch Mitglied in der GUAM-Allianz und der Partnerschaft für den Frieden der NATO. Im Rahmen dieser Partnerschaft beteiligte sich Aserbaidtschan mit 120 Soldat:innen an der ISAF-Folgemission Resolute Support in Afghanistan und entsandte zudem Truppen in den Kosovo und den Irak.

Turkmenistans Militärdoktrin von 2016 wiederum enthält ein klares Verbot für den Einsatz der Streitkräfte außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Darüber hinaus proklamiert sie erneut die Neutralität Turkmenistans. Auf die Beteiligung an internationalen politisch-militärischen Bündnissen und Blöcken wird verzichtet, um an keiner Form regionaler Rivalität beteiligt zu sein. Präsident Berdymuhamedow ist bestrebt, die Armee zu modernisieren. Denn ähnlich wie andere GUS-Staaten hat auch Turkmenistan nach dem Zusammenbruch der UdSSR die sowjetische Militärfrastruktur weitestgehend übernommen. Die ehemalige sowjetische Divisionsstruktur des Heeres wird noch immer in ein modernes Brigade-System transferiert – der hierhingehende Fortschritt ist jedoch äußerst langsam. Die Gesamtstärke der Streitkräfte, primär der Bodentruppen, wurde seither deutlich erhöht. Verfügte das turkmenische Militär 2008 noch über 22.000 Soldat:innen, lag die Anzahl der aktiven Streitkräfte 2022 bei 36.500. Zusätzlich wurden in der Militärdoktrin von 2016 qualitative und quantitative Defizite im militärischen Equipment identifiziert und geplante Neubeschaffungen für die Luftwaffe und die Marine verankert, um die Präsenz der Marine im Kaspischen Meer zu erhöhen. Hierzu unterzeichnete Turkmenistan im Oktober 2019 auch ein Memorandum of Understanding mit weiteren kaspischen Anrainerstaaten und erwarb Kampf- und Aufklärungsdrohnen aus China und im Jahr 2021 aus der Türkei, von wo es auch eine C-92 Fregatte bezog. Auch die Verteidigungsfähigkeit des paramilitärischen Grenzschutzes soll ausgebaut werden, um die territoriale Integrität an der afghanischen Landesgrenze zu verteidigen. Hier befürchtet Turkmenistan ein mögliches Übergreifen der Sicherheitsherausforderungen. Das größte Problem der turkmenischen Verteidigung bleibt die mangelhafte Qualifizierung des Militärpersonals, sodass die turkmenischen Streitkräfte, trotz moderner Kampfjets und -panzer, insgesamt durch eine niedrige Einsatzfähigkeit gekennzeichnet sind.

Die kirgisische Armee ist die kleinste und schwächste in der zentralasiatischen Region und zählt 10.900 aktive Soldat:innen. Da Kirgisistan 2022 lediglich 131 Millionen US-Dollar in sein Militär investierte, liegt dieser Haushaltsposten mit rund 1,5 Prozent des nationalen BIP unter dem regionalen Durchschnitt (2,1). Neben dem Heer und der Luftwaffe verfügt Kirgisistan über einen Grenzschutz (5.000 Paramilitärs), Interne Truppen (3.500 Paramilitärs) sowie eine Nationalgarde (1.000 Paramilitärs). Insgesamt haben die kirgisischen Streitkräfte eine geringe Desertionsquote, trotz eines niedrigen Ausbildungs- und Ausstattungsniveaus sowie einer niedrigen Besoldung. Die Militärdoktrin vom Juli 2013 enthielt detaillierte Pläne zur Reform der Streitkräfte mit verbesserten Führungsstrukturen, effektiver militärischer Logistik und einem modernen Luftverteidigungssystem. Bis heute scheint es diesbezüglich allerdings nur wenige Fortschritte gegeben zu haben. Indes existiert eine enge strategische Partnerschaft mit und Abhängigkeit von Russland, etwa in Bezug auf den Verteidigungsbedarf. Kirgisistan ist Mitglied Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sowie in der von Russland angeführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und nimmt in der Regel auch an Militärübungen der OVKS teil. 2022 sagte es eine OVKS-Kommandostabsübung jedoch kurzfristig ab, aufgrund von Spannungen an der Grenze zu Tadschikistan. Russland unterhält zudem einen

Luftwaffenstützpunkt (Kant) in Kirgisistan, den es seit 2003 gepachtet hat – Gespräche über einen möglichen zweiten Stützpunkt sind derzeit im Gange.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 5

Heer

Waffenkategorien	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Schwere Panzer	497	150	654
Aufklärer	7	39	Mehr als 260
Schützenpanzer	325	320	1050
Gepanzerte Mannschaftstransporter	506	55	Mehr als 907
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	121	-	Mehr als 12
Pionierpanzer	Einige	-	-
Bergepanzer	Einige	-	-
Minenfahrzeuge	Einige	-	-
Artillerie	1.251	228	769
Panzerabwehr	Mehr als 18	Mehr als 36	Mehr als 118
Drohnen	-	-	-
Luftabwehr	Einige	Mehr als 48	Mehr als 123
Raketen	Einige	-	Einige

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6

Marine

Waffenkategorien	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Patrouillenboote	11	-	5
Davon Korvetten	1	-	1
Minenboote	4	-	-

Waffenkategorien	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Amphibienfahrzeuge	5	-	-
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	2	-	1

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 7
Luftwaffe

Waffenkategorien	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Jagdbomber	14	-	24
Kampfflugzeuge	38	-	31
Transportflugzeuge	2	6	5
Ausbildungsflugzeuge	22	4*	12 (davon 10*)
Kampfhubschrauber	44	2	10
Transporthubschrauber	11	8	Mehr als 11
Mehrzweckhubschrauber	Mehr als 33	4	Mehr als 2
Drohnen	Mehr als 7	-	Mehr als 6
Lenkwaffen (Loitering Munition)	-	-	Einige
Raketen	Einige	-	Einige
Luftabwehr	Einige	Einige	38

Die mit einem * versehenen Werte kennzeichnen kampffähige Ausbildungsflugzeuge.

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Aserbaidshan:

Grenzschutz:
 168 Schützenpanzer
 19 gepanzerte Mannschaftstransporter
 40 Transportflugzeuge
 Mehr als 7 Drohnen (Hermes 450/900)
 Einige Lenkwaffen (Loitering Munition)

Turkmenistan:

Grenzschutz:
 33 Patrouillenboote
 1 Amphibienfahrzeug
 2 Mehrzweckhubschrauber
 Mehr als 3 Transporthubschrauber
 8 gepanzerte Mannschaftstransporter

Küstenwache:
19 Patrouillenboote
3 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Interne Truppen:
7 gepanzerte Mannschaftstransporter

Mehr als 6 gepanzerte Nutzfahrzeuge
4 Mehrfachraketenwerfer
Einige Luftverteidigungsgeschütze

Interne Truppen
Mehr als 2 Schützenpanzer
9 gepanzerte Mannschaftstransporter
4 gepanzerte Nutzfahrzeuge

Kirgistan

Grenzschutz:
54 gepanzerte Nutzfahrzeuge

Kirgisistan verfügt zwar über weitere paramilitärische Einheiten (Interne Truppen und eine Nationalgarde), genauere Informationen zu deren Bewaffnung macht das IISS allerdings nicht.

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 3

Peacekeeping

	Südsudan (UNMISS)	Sudan (UNISFA)
Aserbaidsschan	1 Soldat:in	-
Kirgisistan	1 Soldat:in	2 Soldat:innen
Turkmenistan	-	-

Quelle: IISS Military Balance 2023

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 8

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierungen, gemessen am BIP (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021
Aserbaidsschan	1,8	1,8	2,0	2,9	2,5
Kirgisistan	-	-	-	-	-
Turkmenistan	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die Polizei Aserbaidschans untersteht dem Innenministerium. Aufgrund der geringen Bezahlung der Polizist:innen sind Korruption und Erpressung weit verbreitet. Ein im Juli 2018 veröffentlichter [Bericht des Europarates](#) verurteilt die aserbaidischen Sicherheitskräfte für die Anwendung von Folter. So wurden in Gefängnissen und Polizeianstalten hunderte Fälle von Folter und anderen Misshandlungen dokumentiert, einige mit Todesfolge. Human Rights Watch verweist in einem [Report von 2018](#) darauf, dass die Polizei unter massiver Gewaltanwendung, unter anderem gegen Menschenrechtler:innen, Kulturschaffende, politische Aktivist:innen und regierungskritische Journalist:innen vorgeht. Hierbei werden Human Rights Watch zufolge Beschwerden über Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam in der Regel abgewiesen, wodurch ein Klima an Straflosigkeit entstanden ist und eine derartige Praxis ungehindert fortbesteht. Auch in neueren Berichten ([2022](#)) finden sich solche Anschuldigungen.

Schlechte Bezahlung, Ausbildung und Ausstattung kennzeichnen auch die Situation der kirgisischen Polizei. Das Innenministerium arbeitet seit 2004 an einer von der OSZE initiierten Reform der Sicherheitsbehörden, 2013 wurde eine weitere Reform initiiert. Dennoch kommt es noch immer bei friedlichen zivilgesellschaftlichen Demonstrationen, die sich meist gegen negative innenpolitische Entwicklungen richten, zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitsbehörden. Politische Gegner:innen werden dabei willkürlich wegen Delikten wie Verkehrsbehinderung von der Polizei festgenommen und teilweise im Gefängnis gefoltert. Zur Auflösung von Massenprotesten wurden in der Vergangenheit auch Schusswaffen eingesetzt. So wurden im April 2010 beispielsweise 80 Demonstrierende bei Protesten gegen das Regime des damaligen Präsidenten Bakijew getötet. Auch Anti-Terror-Einsätze fordern vermehrt zivile Opfer. Einem [Bericht](#) von Human Rights Watch aus dem Jahr 2023 zufolge, verstarben in den letzten drei Jahren mindestens 151 Personen in kirgisischen Haftanstalten und Gefängnissen; in den ersten acht Monaten des Jahres 2022 wurden zudem 1.422 Beschwerden über Folter eingereicht, von denen 76 Prozent Polizeibeamten zur Last gelegt werden. Die weit verbreitete Korruption hat das Vertrauen in die Polizei stark erschüttert. Das Geschäft privater Sicherheitsfirmen floriert. Derzeit existieren in Kirgisistan mehr als 400 private Sicherheitsfirmen, deren Mitarbeiter:innen mit Schusswaffen ausgestattet sind.

In Turkmenistan gehört die Polizei, neben Militär und Geheimdienst, zu den größten Arbeitgebern des Landes. Sie diente dem ehemaligen Präsidenten Berdymuhamedow zum Machterhalt in einem der repressivsten und abgeriegeltesten Ländern der Welt. 2022 übernahm sein Sohn das Amt des Präsidenten. Politische Gegner:innen werden misshandelt, verhaftet oder verschwinden – laut [Human Rights Watch](#) auch aus Gefängnissen. Personen in Untersuchungshaft und Gefangene werden von den Sicherheitsbehörden gefoltert und misshandelt, in manchen Fällen führte dies zu ihrem Tod. Innerhalb des Staats- und Polizeiapparates ist Korruption weit verbreitet. Transparency International zählt Turkmenistan zu den 15 korrumptesten Nationen der Erde. Die fast sechs Millionen Einwohner:innen des Landes stehen unter der umfassenden Kontrolle und Beobachtung des staatlichen Repressionssystems. Regimefeindliche Aktivitäten werden von den Polizeikräften im Keim erstickt.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch	Möglicherweise kritisch	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch	Kritisch	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch	Möglicherweise kritisch	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch	Kritisch	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch	Nicht kritisch	Nicht kritisch
6. Verhalten in der int. Gemeinschaft	Kritisch	Möglicherweise kritisch	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch	Kritisch	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch	Möglicherweise kritisch	---

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Box 4

Bestehende Waffenembargos gegen Aserbaidschan, Kirgisistan und Turkmenistan

Im Zuge des bewaffneten Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan in der Region Bergkarabach verabschiedete der VN-Sicherheitsrat im Juli 1993 die Resolution 853. Diese Resolution forderte die Mitgliedsstaaten auf von Waffen- und Munitionslieferungen abzusehen, die zu einer Verschärfung des Konflikts oder der fortgesetzten Besetzung des Territoriums führen könnten. Da der Sicherheitsrat das nicht zwingende UN-Embargo seit 2002 nicht mehr aufführt, wird davon ausgegangen, dass das Embargo gegen Aserbaidschan nicht mehr aktiv ist. Dennoch existiert gegenwärtig weiterhin das im Februar 1992 formulierte Ersuchen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an die Mitgliedsstaaten, gegen die Konfliktparteien im Bergkarabachkonflikt nationale Waffenembargos zu verhängen. In Deutschland besteht seither ein Waffenembargo gegen Aserbaidschan. Gegen Kirgisistan und Turkmenistan bestehen derzeit keine Waffenembargos der Europäischen Union, Vereinten Nationen oder OSZE.

Quelle: SIPRI: Arms Embargo Database

Tabelle 9

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1970	✓	✓	✓
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	✓	✓	✓
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	✗	✗	✓
Chemiewaffen-Konvention von 1997	✓	✓	✓
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	✗	✗	✓
The Hague Code of Conduct 2002	✓	✗	✓
Übereinkommen über Streumunition von 2010	✗	✗	✗
Der Internationale Waffenhandelsvertrag 2014	✗	✗	✗

Quelle: SIPRI: *Yearbook, Armaments, Disarmament and International Security*

Kommentar

Alle drei Staaten sind mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Biowaffen- sowie der Chemiewaffen-Konvention den drei wichtigsten internationalen Verträgen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen beigetreten. Anders sieht es hingegen im Hinblick auf die Begrenzung konventioneller Waffen und speziell im Bereich der humanitären Rüstungskontrolle aus. So hat bislang nur Turkmenistan die Anti-Personenminen-Konvention ratifiziert. Dem Übereinkommen über Streumunition ist keines der drei Länder beigetreten. Dasselbe gilt auch für den Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014.

Aserbaidtschan produziert und exportiert nach eigener Auskunft keine Anti-Personenminen und auch keine Streumunition; verfügt aber in beiden Waffenkategorien noch über Bestände aus der Sowjetzeit. Es hat 1994 Anti-Personenminen im Konflikt mit Armenien eingesetzt und auch die Möglichkeit eines zukünftigen Einsatzes nicht ausgeschlossen. Laut dem Landmine & Cluster Munition Monitor gibt es glaubwürdige Beweise dafür, dass Aserbaidtschan im Zuge der Kämpfe 2016 und 2020 in der Region Bergkarabach diverse Typen von bodengestützten Raketen mit Streumunition eingesetzt hat. Untersuchungen von Amnesty International zufolge liegen Beweise vor, dass durch den aserbaidtschischen Einsatz von un gelenkter Artillerie, Mehrfachraketenwerfern und Streumunition im Konflikt mit Armenien zwischen September und November 2020 zahlreiche Zivilist:innen getötet wurden.

Kirgisistan produziert und exportiert keine Minen und auch keine Streumunition, verfügt aber ebenfalls noch über Altbestände an Anti-Personenminen aus der Zeit der

Sowjetunion. Auch Turkmenistan produziert und exportiert weder Anti-Personenminen noch Streumunition; es verfügt jedoch noch über Altbestände sowjetischer Streumunition. Die Altbestände an Anti-Personenminen wurden hingegen bis November 2004 zerstört.

Achtung der Menschenrechte in der Region

Tabelle 10

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen und Vereinbarungen des internationalen humanitären Völkerrechts

Kurzname des Abkommens	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	✓	✓	✓
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	✗	✓	✓
Völkermord-Konvention von 1951	✓	✓	✓
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	✓	✓	✓
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	✓	✓	✓
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	✓	✓	✓
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	✓	✓	✓
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	✓	✓	✓
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	✓	✓	✓
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	✓	✓	✓
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	✓	✓	✓
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	✓	✓	✓
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	✗	✗	✗

Quelle: United Nations: Treaty Collection

Tabelle 11
Indikatoren zur Menschenrechtslage

	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Freedom House Index:	Nicht Frei (9/100)	Nicht Frei (27/100)	Nicht Frei (2/100)
Political Rights	2/40	4/40	0/40
Civil Liberties	7/60	23/60	2/60
Voice and Accountability Index	-1,55	-0,59	-2,03
Political Terror Scale:			
Amnesty International	4	3	3
U.S. State Department	3	3	3
Human Rights Watch	4	3	3
Military Interference in Rule of Law and the Political Process	5,00	-	-

Quellen: Freedom House: Freedom House Index 2022; The World Bank: Worldwide Governance Indicators 2020; The Political Terror Scale 2021; Fraser Institute: Economic Freedom of the World 2021

Der Freedom House Index bewertet die politischen Rechte sowie bürgerlichen Freiheiten innerhalb eines Staates auf einer Skala von 1-40 bzw. 1-60. Der aggregierte Wert dieser Bewertungen bestimmt den Status eines Landes – Frei (71 bis 100), Teilweise Frei (31 bis 70) oder Nicht Frei (0 bis 30). Der Voice and Accountability Index reflektiert die Wahrnehmung der Bürger:innen, inwiefern diese an der Wahl ihrer Regierung beteiligt werden und Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit vorhanden sind. Die Einschätzung der Governance-Performance reicht von -2,5 (schwach) bis 2,5 (stark). Die Political Terror Scale (PTS) misst das Ausmaß staatlich sanktionierter oder staatlich verübter Gewalt. Die zur Erstellung des Index verwendeten Daten stammen aus drei verschiedenen Quellen: Den jährlichen Länderberichten von Amnesty International, Human Rights Watch und dem US-Außenministerium. Die drei separaten Indikatoren der PTS bewerten das Maß politischer Gewalt mittels Level von 1 (Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, keine politische Verfolgung und Folter) bis 5 (gesamte Bevölkerung von grenzenlosem staatlichem Terror betroffen). Die Military Interference in Rule of Law and the Political Process – ein Indikator des Economic Freedom of the World-Index – beschäftigt sich wiederum mit der politischen Beteiligung sowie Beeinträchtigung der Rechtsstaatlichkeit durch das Militär. Bewertet wird dies auf einer Skala von 1 (sehr hohes Risiko) bis 10 (sehr niedriges Risiko).

Box 5

Auszüge aus den Jahresberichten von Amnesty International für 2022/2023

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<i>Violations of international humanitarian law continued to be reported and there was no notable progress investigating alleged war crimes committed during the 2020 Nagorno-Karabakh conflict. Freedom of expression, assembly and association remained severely restricted as authorities carried out arbitrary arrests and politically motivated prosecutions of civil society activists, crushed peaceful protests and hindered the work of independent organizations and media outlets. Women and girls continued to face discrimination.</i>	<i>Peaceful demonstrators faced serious restrictions. New forms of reporting were introduced for NGOs receiving foreign funding. Journalists and activists critical of the government faced attacks on social media and baseless prosecutions. Various laws were used to restrict the right to freedom of expression and prevent criticism of public figures by journalists and the media. Gender-based violence remained systemic and under-reported; perpetrators of such violence were seldom prosecuted. Conditions of detention failed to meet minimum human rights standards, in some cases leading to deaths in custody.</i>	<i>Serious human rights violations continued unabated across the board, including arbitrary detentions and politically motivated convictions of anyone daring to criticize or challenge official policy. The authorities continued to exercise strict control over the flow of information and all media. Turkmenistan failed to take meaningful action to address climate change. Women and girls saw their rights and freedoms, including bodily autonomy, restricted further. Abortion was effectively banned. Consensual sex between men remained a criminal offence.</i>

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/5670/2023/en/>

Box 6

Auszüge aus den Länderberichten von Freedom House 2023

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<i>Power in Azerbaijan's authoritarian regime remains heavily concentrated in the hands of Ilham Aliyev, who has served as president since 2003, and his extended family. Corruption is rampant, and the formal political opposition has been weakened by years of persecution. The authorities have carried</i>	<i>After two revolutions that ousted authoritarian presidents in 2005 and 2010, Kyrgyzstan adopted a parliamentary form of government. Governing coalitions proved unstable, however, and corruption remains pervasive. Unrest surrounding the annulled 2020 parliamentary</i>	<i>Turkmenistan is a repressive authoritarian state where political rights and civil liberties are almost completely denied in practice. Elections are tightly controlled, ensuring nearly unanimous victories for the president and his supporters. The economy is dominated by the state, corruption</i>

Aserbaidtschan

out an extensive crackdown on civil liberties in recent years, leaving little room for independent expression or activism. Azerbaijan won control of a third of the territory of Nagorno-Karabakh along with some adjacent land during a weeks-long conflict with Armenia in 2020, at the cost of over 2,900 soldiers.

Kirgisistan

elections led to significant political upheaval and the violent repression of opponents of nationalist politician Sadyr Japarov. Major constitutional changes adopted in 2021 significantly increased presidential authority, concentrating political power in the presidency and reducing the size and role of the parliament. Both the judiciary and vigilante violence are increasingly used to suppress political opponents and civil society critics.

Turkmenistan

is systemic, religious groups are persecuted, and political dissent is not tolerated.

Quelle: Freedom in the World 2023

<https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores>

Kommentar

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind Aserbaidtschan, Kirgisistan und Turkmenistan den meisten internationalen Menschenrechtsabkommen und Vereinbarungen des humanitären Völkerrechts beigetreten. Den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag erkennen jedoch alle drei Staaten nicht an.

Die Menschenrechtssituation ist in allen drei Staaten kritisch. Nur Kirgisistan wurde bis 2020 von Freedom House noch als „teilweise frei“ eingeschätzt, der Status wurde im Jahr 2021 jedoch auf „nicht frei“ herabgesetzt, da es nach umstrittenen Parlamentswahlen zu erheblicher politischer Gewalt gekommen ist, die in einer irregulären Machtergreifung durch Dschaparow gipfelte, welcher von Anhängern aus dem Gefängnis befreit worden war. Auch Aserbaidtschan und Turkmenistan werden als „nicht frei“ bewertet.

Nach der Bewertung der Political Terror Scale 2020 kommen alle drei Länder in den meisten Fällen nur auf eine Bewertung von „drei“, was bedeutet, dass es dort politische Gefangene in erheblichem Ausmaß („extensive political imprisonment“) gibt oder in jüngster Vergangenheit gegeben hat. Die jüngsten Berichte von Human Rights Watch und Amnesty International lassen für Turkmenistan sogar eine Einstufung von „vier“ auf der Political Terror Scale zu. Dies bedeutet, dass ein Großteil der Bevölkerung unter der Verletzung der bürgerlichen und politischen Rechte leidet und es häufig zu politischen Morden und Folter kommt.

Wie im Kapitel zur Polizei und anderen Sicherheitskräften bereits dargelegt, ist speziell die Polizei als Instrument des staatlichen Repressionssystems in allen drei Staaten für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Misshandlungen mit Todesfolge und die gewaltsame Niederschlagung zivilgesellschaftlicher Proteste, auch unter Einsatz von Schusswaffen, verantwortlich. Die schwach bis nicht existenten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten führen auch zu einer negativen Bewertung der Governance-

Performance des Voice and Accountability Index, der insbesondere die Wahrnehmung der Bürger:innen reflektiert.

Die bürgerlichen Freiheiten, in Turkmenistan de-facto nicht existent, wurden auch in Aserbaidschan und Kirgisistan in den vergangenen Jahren zunehmend eingeschränkt, insbesondere mit negativen Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Partizipation oppositioneller Gruppen. Gemeinsam ist allen drei Staaten, dass Personen der LGBTQI+-Community (lesbische, schwule, bisexuelle, trans, queer und intersexuelle Personen) mit Repressionen durch die Sicherheitsbehörden rechnen müssen. Gleichgeschlechtliche Beziehungen gelten in Turkmenistan als Straftat, welche mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden. In Kirgisistan wurde ein ähnlicher Gesetzesentwurf gegen die „Popularisierung homosexueller Beziehungen“ vom Parlament im Mai 2016 zwar zunächst auf Eis gelegt. Dennoch nimmt die Zahl der physischen Gewaltangriffe aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität nach Einschätzung lokaler Aktivist:innen seit 2014 kontinuierlich zu. Verantwortlich dafür ist ein wachsender Ethnonationalismus, der Abweichungen von vermeintlich traditionellen Lebensentwürfen und Verhaltensweisen als Bedrohung kirgisischer Identität darstellt. Am 1. Mai 2019 griffen bspw. mehr als 20 junge Männer, von denen einige bekannten nationalistischen Gruppen angehören, in Bischkek Teilnehmer:innen der feministischen und LGBTQI+-Bewegung 8/365 an. Die anwesende Polizei intervenierte nicht. In Aserbaidschan werden Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft willkürlich festgenommen und misshandelt. Am 22. September 2017 wurden bspw. mehr als 100 Personen der LGBTQI+-Community von der Polizei auf öffentlichen Plätzen zusammengetrieben und festgenommen.

Die Religionsfreiheit ist in allen Staaten gesetzlich beschränkt. Religiöse und ethnische Minderheiten – bspw. die ethnischen Usbek:innen in Kirgisistan – werden unterdrückt und politisch ausgegrenzt. Journalist:innen, Blogger:innen und soziale Aktivist:innen, die diese Menschenrechtsverletzungen aufdecken wollen, sind staatlicher Repression und Gewalt ausgesetzt. In der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ belegt Ascherbaidschan 2021 nach Ägypten und Libyen Platz 167 von insgesamt 180 bewerteten Ländern. Im Vergleich zum Vorjahr verbessert sich Kirgisistan etwas und rangiert auf Platz 79. Turkmenistan belegt nach China und Dschibuti sogar Platz 178.

Innere Lage in den Empfängerländern

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Aserbajdschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<p><i>During the reporting period, the consolidation of authoritarian rule in Azerbaijan continued. Snap parliamentary elections in February 2020 did not meet international standards for free and fair competition. However, some notorious high-ranking state officials were fired, and corrupt local level administrators detained on corruption charges. These developments, in addition to the appointment of some young professionals to ministerial posts, raised hopes for a possible opening of the country to real reforms and changes. However, in reality, these changes resulted in even more monopolization of political and economic powers in the hands of the ruling Aliyev family. [...]</i></p> <p><i>The situation in the country drastically changed after the unfreezing of the conflict between Armenia and Azerbaijan over Nagorno-Karabakh. Azerbaijan, after receiving unprecedented support from its ally Turkey, launched an armed offensive in September 2020, which resulted in a military victory and the recapture of most of the territory lost in the early 1990s. The hostilities stopped after a Russia-</i></p>	<p><i>For Kyrgyzstan, 2019 was not an easy year in either economic and political terms, although somewhat stable, while 2020 was a year of a complex and deep crisis.</i></p> <p><i>In 2019, the political conflict between President Sooronbay Jeenbekov and his predecessor Almazbek Atambayev continued – a conflict that set in soon after Jeenbekov took the reins at the end of 2017 and occupied public attention for most of the new president’s first year. In 2019, the standoff culminated in the arrest of Atambayev at his house outside Bishkek, where he had set up a political base camp. The standoff was accompanied by the complicity of parliament and instrumentalization of the judiciary and especially of the State Committee for National Security – in the same manner as Atambayev did during his presidency when it came to his opponents. [...]</i></p> <p><i>By August 2020, however, it was not COVID-19 but the elections that occupied the population’s attention. The competitive but ultimately very skewed, corruption-driven parliamentary elections led to protests that overthrew the Jeenbekov</i></p>	<p><i>Along with the People’s Republic of Korea, Turkmenistan is considered to have one of the most restrictive political systems in the world. Under its ultra-centralized regime, human rights and civil liberties are not respected and every noteworthy project requires direct personal contact with and approval from the president, his deputy prime ministers or ministers.</i></p> <p><i>During the period under review, there have been no signs of any democratic development or improvement in human rights. The economy operates within a very tight corset of state regulation and influence that is thoroughly intertwined with large-scale corruption. Reforms in all areas of society are primarily cosmetic. [...]</i></p> <p><i>The personality cult around President Gurbanguly Berdymukhamedov intensified during the reporting period and took on more bizarre features. Expressions of devotion to the “Arkadag” (protector) entail new hymns of praise, page-long poems of dedication, generous gifts and the erection of new golden statues. In 2020, for instance, Berdymukhamedov’s favorite</i></p>

Aserbaidshan

brokered truce on November 10. The success of the military boosted the approval ratings of the president to record highs and cemented his power. Still, in spite of the victory, the conflict is far from being resolved and the presence of Russian peacekeepers and Turkish military observers has created a very fragile and complicated geopolitical configuration in the region.

Kirgisistan

presidency and installed, unexpectedly for most, Sadyr Japarov – in prison until then – at the helm. From October 6 – the day of the sitting government’s fall – until the end of 2020 and continuing into 2021, Kyrgyzstan was caught in a political crisis, from a leadership that lacked legitimacy, to an unpopular parliament that continued to sit beyond its constitutional term, a constitutional reform that was pushed through in disregard of numerous legal procedures, and a citizenry that became divided along many lines – urban and rural, Russian-speaking and Kyrgyz-speaking, progressive/liberal and traditionalist/nationalist, and most importantly, critical of Japarov and supportive of him. The second half of each of these divisions ended up on the winning side at the end of the year. The victory, however, came in the midst of a dire situation embattled by the COVID-19 crisis and political turmoil, requiring extraordinary abilities and measures to get the country back on its feet.

Turkmenistan

dog, the Central Asian herding dog Alabai, received a tribute in the form of a six-meter-high golden statue. At the turn of the year 2020/21 many employees in public institutions had to dig especially deep into their pockets for the renewal of portraits with the president’s face. The new portrait, with a gold-colored frame, is to be placed on what is now a 2.2- by 1.5-meter hand-knotted tapestry. A detailed assessment of Turkmenistan’s political and economic situation is complicated by scattered and even falsified information and data put out by the government. Official success stories reflected in economic statistics, in particular, are nowhere to be found in reality. Data published by international institutions are equally exaggerated, since they are predominantly based on figures from Turkmenistan statistics, due to the lack of other available data.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 12

Indikatoren zur inneren Lage

	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Political Stability and Absence of Violence/Terrorism Index	-0,85	-0,43	-0,32
Rule of Law (BTI)	3,0	4,3	1,8
Anzahl der bewaffneten innerstaatlichen Konflikte	1	0	0
Anzahl der nicht-staatlichen Gewaltkonflikte	0	0	0
Corruption Perceptions Index	23	27	19

Quellen: *The World Bank: Worldwide Governance Indicators (2021)*; *Rule of Law: Bertelsmann Transformationsindex (2022)*; *Uppsala Conflict Data Program (UCDP)/Peace Research Institute Oslo (PRIO): Armed Conflict Dataset (2023)*; *UCDP: Non-State Conflict Dataset (2023)*; *Transparency International: Corruption Perceptions Index (2022)*

Der *Political Stability and Absence of Violence Index* misst die Wahrscheinlichkeit politischer Instabilität und politisch motivierter Gewalt, einschließlich Terrorismus, auf einer Skala von -2,5 (hoch) bis 2,5 (gering). Die Bewertung der Rechtsstaatlichkeit (*Rule of Law*) ist den entsprechenden Länderberichten des Bertelsmann Transformationsatlas entnommen und wird auf einer Skala von 1 (schwächste Einhaltung) bis 10 (stärkste Einhaltung) anhand der Kriterien Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Strafverfolgung von Amtsmissbrauch und Zivilrechte bewertet. Der *Corruption Perceptions Index* aggregiert eine Reihe verschiedener Quellen, um die Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor durch Geschäftsleute, Beamten:innen und Politiker:innen zu ermitteln. 0 entspricht dabei der höchsten und 100 der niedrigsten wahrgenommenen Korruptionsrate; ein Wert unter 50 stellt somit ernsthafte Korruptionsprobleme dar.

Kommentar

Aserbaidtschan befindet sich seit 1991 in einem bewaffneten Konflikt mit der selbsternannten Republik Arzach (bis 2017 Republik Bergkarabach) sowie der Regierung von Armenien um die Region Bergkarabach. Bis zum Zerfall der Sowjetunion gehörte das Autonome Gebiet (*Oblast*) Bergkarabach zur Aserbaidtschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Nach der Unabhängigkeitserklärung Armeniens und Aserbaidtschans erklärte sich auch die Republik Bergkarabach im September 1991 für unabhängig. Nach einem gescheiterten Vermittlungsversuch durch Russland und Kasachstan, wechselseitiger Gewalt sowie Massakern an der Zivilbevölkerung eskalierte der Konflikt im Frühjahr 1992. Armenische und aserbaidtschanische Truppen führten Krieg um die Region Bergkarabach, der erst im Mai 1994 mit einem Waffenstillstandsabkommen endete.

Im Verlauf des Krieges gelang es Truppen der selbsternannten Republik Bergkarabach, gemeinsam mit der armenischen Armee große Teile des überwiegend von Armenier:innen bewohnten Gebietes unter ihre Kontrolle zu bringen. Außerdem besetzten die armenischen Kämpfer:innen die aserbaidtschanischen Bezirke Ağdam, Cəbrayıl, Füzuli, Kəlbəcər, Laçın, Qubadlı und Zəngilan, die um das ehemals Autonome Gebiet Bergkarabach herum liegen. Seitdem stehen etwa 14 Prozent des aserbaidtschanischen Staatsgebiets de-facto nicht mehr unter der Kontrolle der aserbaidtschanischen Regierung. Das de-facto-

Regime in Bergkarabach wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt und weiterhin als Bestandteil Aserbaidschans betrachtet. Auch Armenien erkennt die sogenannte Republik Artsach nicht an. Es gibt immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen entlang der Waffenstillstandslinie. So kam es u. a. im April 2016 zu schweren Kampfhandlungen. Nach Gefechten im Sommer 2020 kam es Ende September zu einem erneuten Krieg, bei dem staatlichen Angaben zufolge mindestens 2.425 armenische sowie 2.783 aserbaidisch-soldat:innen starben. Am 9. November 2020 unterzeichneten beide Konfliktparteien, nach Vermittlung Russlands, eine erneute Waffenruhevereinbarung. Durch die aserbaidisch-soldat:innen Offensive hatte die Republik Artsach ein Drittel ihres Gebietes verloren, darunter auch früher zur Autonomen Oblast zählende, traditionell armenische Siedlungen und Städte wie Hadrut. In Folge des Waffenstillstands musste Artsach ein weiteres Drittel seines Gebiets, das die frühere Oblast umgab, an aserbaidisch-soldat:innen Kontrolle abgeben. Zuletzt kam es im September 2022 zu einer Eskalation mit mindestens 80 aserbaidisch-soldat:innen und 200 armenischen getöteten Soldat:innen. Stand Juni 2023 bahnt sich jedoch ein Friedensvertrag an, dessen Entwicklung abzuwarten bleibt.

In Kirgisistan und Turkmenistan gibt es zurzeit keine bewaffneten innerstaatlichen Konflikte. Dies bedeutet allerdings nicht, dass es keine innergesellschaftlichen Konflikte und entsprechende Gewaltpotenziale gäbe. Die Werte des Political Stability and Absence of Violence/Terrorism Index der Weltbank zeigen das auf. Vor allem Kirgisistan liegt hier mit -0,43 deutlich im negativen Bereich. Dies ist nicht zuletzt das Resultat der Spannungen zwischen Kirgis:innen und Angehörigen der usbekischen Minderheit im Süden des Landes, die immer wieder auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Ausgelöst auch durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Korruption und steigenden Preisen, kam es 2010 im ganzen Land zu Demonstrationen gegen die Regierung des damaligen Präsidenten Bakijew, bei denen Dutzende Menschen getötet wurden. Infolgedessen stürzte die Regierung im April 2010. Vor allem in den südkirgisischen Städten Osch und Dschalalabad eskalierte daraufhin im Juni 2010 die Gewalt. Es kam zu massiven Unruhen zwischen Kirgis:innen und Angehörigen der usbekischen Minderheit, während denen nach offiziellen Angaben 470 Menschen ums Leben kamen. Diverse Medien berichten sogar von mehr als 2.000 Toten, hauptsächlich Usbek:innen. Tausende flohen, viele von ihnen über die Grenze nach Usbekistan. Seither hat sich die Lage in Südkirgisistan zwar wieder beruhigt. Dennoch ist die Situation zwischen Kirgis:innen und Usbek:innen weiterhin angespannt und Korruption bleibt ein großes Problem in Kirgisistan.

Im Vergleich der drei Länder wirkt Turkmenistan relativ stabil. Gewalt und Unruhen in einer Größenordnung wie 2010 in Kirgisistan sind nicht zu beobachten. Allerdings basiert diese vermeintliche Stabilität nicht zuletzt auf der massiven Unterdrückung oppositioneller Kräfte durch den Staatsapparat (vgl. das Kapitel „[Achtung der Menschenrechte](#)“). Präsident Berdymuchamedow regiert das Land streng autoritär. Turkmenistan zählt zu den korruptesten Ländern weltweit. Im Corruption Perception Index von Transparency International belegt es 2022 Platz 167 von 180 berücksichtigten Staaten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Tabelle 13

Indikatoren zu Frieden und Sicherheit in der Region

	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Anzahl der Beteiligung an bewaffneten Konflikten	1	0	0
Bewaffnete Konflikte in Nachbarstaaten	4	1	5
Umstrittene Territorien	Ja	Nein	Nein

Quellen: UCDP/PRIO: *Armed Conflict Dataset*; *Natural Earth: Disputed Areas*

Kommentar

Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten, zu denen auch Kirgisistan und Turkmenistan zählen, sind gekennzeichnet durch verschiedene Konflikte. So ist der Konflikt um Wasser und Energieressourcen zwischen den rohstoffreichen Staaten Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan an den Unterläufen der Flüsse Amudarja und Syrdarja auf der einen und den rohstoffarmen, aber wasserreichen Oberliegern Kirgisistan und Tadschikistan auf der anderen Seite immer noch ungelöst. In der Sowjetunion erhielten die wasserreichen Oberanrainer subventionierte Energieträger und stellten im Gegenzug Wasser bereit. Heute müssen sie Gas und Öl zu Weltmarktpreisen einkaufen und setzen darum auf den Ausbau von Wasserkraftwerken. Im Zuge des Klimawandels schwinden die Gletscher in den Hochgebirgen, die den beiden Flüssen als Wasserreservoir dienen. Die weiter stromabwärts gelegenen Staaten fürchten um ihre Wasserversorgung, wenn Staumauern errichtet werden. Usbekistan bspw. drohen dadurch erhebliche Verluste in der wasserintensiven Landwirtschaft, etwa beim Baumwollanbau.

Nach wie vor nicht geklärte Grenzprobleme könnten jederzeit zu zwischenstaatlichen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen für die gesamte Region heranwachsen, wie häufige Grenzzwischenfälle belegen. Von den 1.378 Kilometern gemeinsamer Staatsgrenze zwischen Kirgisistan und Usbekistan wurden zum Beispiel bis jetzt erst 75 Prozent endgültig festgelegt. Zwischen Tadschikistan und Usbekistan sind es lediglich 80 Prozent der 1.400 Kilometer langen Grenze. Nach Angaben der kirgisischen Behörden wurden allein im Jahr 2010 mehr als 20 Zusammenstöße zwischen kirgisischen Bürger:innen und usbekischen Grenzschrützer:innen registriert. An der kirgisisch-tadschikischen Grenze gab es im Zeitraum 2012 bis 2015 insgesamt 78 Zusammenstöße und Konflikte, bei denen es u. a. zu Straßenblockaden, Brandstiftungen und Massenschlägereien zwischen Kirgis:innen und Tadschik:innen kam. Die aus dem Jahr 1999 stammende Verminderung von Abschnitten der usbekisch-tadschikischen Grenze schafft zusätzliches Konfliktpotenzial zwischen beiden Staaten. Von Usbekistan verlegte Anti-Personenminen verletzen und töten nach Angaben aus Duschanbe immer wieder friedliche tadschikische Bürger:innen, vor allem Hirt:innen und Holzsammler:innen. In den letzten 20 Jahren starben dabei mehr

als 800 tadschikische Staatsangehörige. 90 Prozent der Opfer waren Zivilist:innen, 216 davon waren Kinder.

Ungelöste Territorialkonflikte im Südkaukasus trugen zu einer erheblichen Aufrüstung in der Region bei. Neben dem Grenzkonflikt um die beiden Regionen Südossetien und Abchasien, der im August 2008 in einem fünftägigen Krieg zwischen Georgien und Russland eskalierte, bestimmt derzeit primär der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach die Sicherheitslage im Kaukasus. Erst im Juli 2018 drohten beide Parteien einander erneut mit militärischen Maßnahmen. Zu diesen kam es dann im Juli 2020. Die Folge war ein offener, verlustreicher Krieg vom 27. September bis 9. November 2020. Amnesty International zufolge sind allein zwischen Ende September und Anfang November in der Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan mindestens 146 Zivilist:innen gestorben, darunter zahlreiche Kinder und ältere Menschen. Durch die Vermittlung Moskaus kam es zur Aushandlung eines Waffenstillstandsabkommens. Rund 2.000 russische Soldat:innen sollen nun für mindestens fünf Jahre in der Region stationiert werden, um den fünf Kilometer breiten Latschin-Korridor zwischen Armenien und dem Rest der Republik Arzach sowie die Demarkationslinie zu schützen. Mitte Dezember warfen sich beide Staaten gegenseitig vor, den Waffenstillstand gebrochen zu haben. Die russische Armee bestätigte den Bruch des Abkommens. Mittlerweile ist auch die südliche Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan außerhalb Bergkarabachs zum Konflikt-herd geworden, denn aserbaidsschanische Soldat:innen haben Gebiete zurückerobert, die Armenien rund um Bergkarabach als zusätzliche Sicherheitszone eingenommen hatte. So geht es nun auch um armenisches Territorium, was dem betroffenen Land große Sorgen bereitet. Aserbaidschanische Politiker:innen verstärken parallel diese Sorgen Armeniens, in dem sie teilweise öffentlich äußern, der südliche Teil Armeniens gehöre zu Aserbaidschan. In der Folge sind immense Spannungen persistent.

Ebenfalls nicht unproblematisch sind die Beziehungen zwischen Aserbaidschan und dem Iran. Dort leben etwa doppelt so viele ethnische Aserbaidschaner:innen wie im ebenfalls schiitischen, aber säkularen Aserbaidschan. Versuche der Regierung Aserbaidschans, sezessionistische Bestrebungen unter den Aserbaidschaner:innen im Iran für ihre Zwecke zu nutzen, führten immer wieder zu Spannungen mit Teheran. Auch deshalb unterstützt der Iran im Konflikt um Bergkarabach das christliche Armenien anstatt das schiitische Aserbaidschan. Ein Streitpunkt zwischen Aserbaidschan und dem Iran ist auch der völkerrechtliche Status von Teilen des Kaspischen Meeres. Etwa 90 Prozent der aserbaidsschanischen Öl- und Gasvorkommen liegen offshore vor der Küste, zum Teil in Gewässern, die auch der Iran beansprucht. Dieser führt Bohrungen nach Erdöl und Erdgas in den von ihm wie auch von Aserbaidschan beanspruchten Sektoren durch. Auch mit Turkmenistan ist der Iran noch zu keiner Einigung über von beiden beanspruchte Lagerstätten von Öl und Gas im Süden des Kaspischen Meeres gekommen. Zwar einigten sich die fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres (Aserbaidschan, Russland, Kasachstan, Turkmenistan, Iran) im Sommer 2018 auf eine Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres; diese klammert jedoch die Frage nach den Ansprüchen auf die Öl- und Gasvorkommen am Meeresgrund aus. Nach vorsichtigen Schätzungen geht es dabei um insgesamt 18 bis 20 Milliarden Tonnen Öl- und Gaskondensat.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte und Friedensmissionen in der Region

In den postsowjetischen Staaten Kirgisistan und Turkmenistan sind keine alliierten Streitkräfte mehr stationiert. Als Folge des Gewaltkonfliktes in der Region Bergkarabach waren jedoch einige Soldat:innen im Auftrag der OSZE in Aserbaidschan und Armenien stationiert. Diese – jeweils sechs Soldat:innen aus den fünf Mitgliedsstaaten Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Moldawien, Polen und Großbritannien – waren im Zuge des Minsk-Prozesses in beiden südkaukasischen GUS-Staaten stationiert, um zu einer friedlichen Beilegung des Bergkarabach-Konfliktes beizutragen. Wie es nach Beendigung der jüngsten Kampfhandlungen um die Stationierung der Soldat:innen steht, ist derzeit noch unklar.

Im Februar 2023 entsandte die EU auf Bitten Armeniens eine rund 100 Polizist:innen umfassende zivile Beobachtermission, die seither die Grenze zu Aserbaidschan beobachtet.

Für die Streitkräfte der NATO erlangte die zentralasiatische Region speziell im Zuge des Afghanistan-Krieges seit 2001 besondere Relevanz. Nachdem die afghanische Regierung die Sicherheitsverantwortung über ihr Land ab Juni 2013 von der NATO stückweise zurückerlangte, wurde auch deren militärische Präsenz in der Region stückweise abgebaut. So zog das US-amerikanische Militär im Juni 2014 seine Truppen von der Luftwaffenbasis Mana unweit der kirgisischen Hauptstadt Bischkek ab, von der aus Flüge nach Afghanistan gestartet waren. Über 90 Prozent der kämpfenden US-Truppen gelangten über Bischkek nach Afghanistan. Die Bundeswehr nutzte seit 2002 den strategischen Luftwaffenstützpunkt im usbekischen Termez an der Südgrenze zu Afghanistan, zur logistischen Versorgung der International Security Assistance Force (ISAF). Mit dem Ende des NATO-geführten ISAF-Einsatzes wurden 2015 alle deutschen Truppen aus Termez abgezogen. Die Folgemitmission Resolute Support fokussierte sich auf die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte. 32 alliierte Staaten stellten 2020 dafür noch immer rund 10.400 Soldat:innen, das deutsche Bundestagsmandat für die Ausbildungsmision in Afghanistan umfasste zuletzt 1.300 Soldat:innen.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 14

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Kurzname des Abkommens	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	✓	✓	✓
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	✓	✓	✓
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	✓	✓	✓

Kurzname des Abkommens	Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	✓	✓	✓
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	✓	✓	✓
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	✓	✓	✓
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	✓	✓	✓
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	✓	✓	✓

Quellen: International Civil Aviation Organization: World Air Services Agreements; United Nations: Treaty Collection

Kommentar

Alle drei Länder sind den wichtigsten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten, jedoch ist die Region Zentralasien mit einer zunehmenden islamistischen Radikalisierung konfrontiert. Laut Angaben der International Crisis Group hat der sogenannte Islamische Staat (IS) bis Ende 2015 bereits ca. 4.000 Anhänger:innen aus Zentralasien angeworben. Die größte Gruppe der dortigen IS-Unterstützer:innen bilden Usbek:innen, meist aus dem überbevölkerten und armen Ferghana-Tal. Nach gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Usbek:innen und Kirgis:innen im südlichen kirgisischen Gebiet Osch 2010 waren dorthin tausende Menschen geflohen. Rund 2.500 ethnische Usbek:innen sollen für den IS in den Kampf nach Syrien und in den Irak gezogen sein. Die Mehrheit dieser radikalen Islamist:innen entstammt der ehemaligen Islamischen Bewegung Usbekistan (IMU), die bereits in den 1990er Jahren großen Einfluss in der Region ausübte und 1999 für zwei Terroranschläge in Kirgisistan verantwortlich war.

Die drei an Afghanistan angrenzenden Länder Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan fürchten seit der erneuten Übernahme des Landes durch die Taliban ein Übergreifen der afghanischen Zustände auf ihr Territorium.

Der islamistische Terrorismus ist auch ein Problem im Kaukasus. Insbesondere eine Gruppierung des Islamischen Staates (Caucasus Province of the Islamic State) und der Al-Kaida-Ableger Imam Shamil Battalion sind in dieser Region aktiv.

Internationale Kriminalität

Tabelle 15

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Kurzname des Abkommens	Aserbaidshan	Kirgisistan	Turkmenistan
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	✓	✓	✓
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	✓	✓	✓
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	✓	✓	✓
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	✓	✗	✓

Quelle: *United Nations: Treaty Collection*

Kommentar

In der gesamten zentralasiatischen Region floriert der illegale Handel und Schmuggel, sowohl mit Drogen als auch mit Kleinwaffen und Menschen. Diese kriminellen Strukturen entstanden vor dem Hintergrund der Armut, insbesondere im ländlichen Raum. Sie sind aber auch ein Resultat mangelnder Rechtsstaatlichkeit und fehlender demokratischer Kontrolle der herrschenden Eliten. Zudem lässt die zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten zu wünschen übrig. Auch das Ende des ISAF-Einsatzes in Afghanistan und der damit einhergehende Truppenabzug haben zu einer Intensivierung des Drogenschmuggels beigetragen. So dient die gesamte Region als Transitkorridor zum Transport von Drogen, speziell Heroin, aus Afghanistan. Die Taliban kontrollieren den Warenschmuggel (überwiegend Drogen und Waffen) vom nördlichen Grenzgebiet zu Turkmenistan. Laut United Nations Office on Drugs and Crime gehen konservative Schätzungen davon aus, dass 2014 130 Tonnen illegaler Opiate von Afghanistan aus über Zentralasien gehandelt wurden, auch der jüngste Report von 2021 zeigt den hohen (und zunehmenden) Stellenwert der zentralasiatischen und transkaukasischen Länder.

Während ein Teil dort verbleibt, findet der Großteil über die Nordroute via Russland oder die Balkanroute seinen Weg weiter nach Europa. Bei der Bekämpfung stellen insbesondere die langen Grenzverläufe in topographisch anspruchsvollem Terrain und die weit verbreitete Korruption ein erhebliches Problem dar. Im Zuge der wirtschaftlich schlechten Lage in Kirgisistan bietet der Drogenhandel der herrschenden Elite beispielsweise vielfältige Möglichkeiten, sich finanziell zu bereichern. Die Verzahnung der Staatsorgane mit dem organisierten Verbrechen – mehrere Bandenführer:innen sitzen als Abgeordnete im kirgisischen Parlament – verstärkt diese Entwicklung und erschwert die Kontrolle des Drogenhandels. In Zentralasien hat der steigende Drogentransfer in mehrfacher Hinsicht negative Folgen: Die Zahl der drogenabhängigen und mit HIV infizierten Personen stieg an und die Beschaffungskriminalität nahm zu. Die organisierte Kriminalität insbesondere

in Staaten entlang der zentralen Transitrouten greift um sich. So sind besonders im südlichen Kirgisistan im Gebiet der Schmuggelnordroute Waffen- und Menschenhandel, Glücksspiel, Prostitution, Raubüberfälle, erpresserische Entführungen und Auftragsmorde zu beobachten.

Auch die kaukasische Region ist stark von internationaler organisierter Kriminalität betroffen, wie das Kapitel zum [Risiko der illegalen Wiederausfuhr](#) importierter Waffensysteme noch ausführlicher thematisieren wird. Die einflussreiche aserbaidische Mafia ist dabei in den internationalen Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und Menschenhandel involviert. Speziell afghanisches Heroin wird vom Iran aus am Kaspischen Meer entlang durch die ehemalige Sowjetrepublik nach Russland transportiert.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Tabelle 16

Berichterstattung für VN-Waffenregister und ATT

	Aserbaidische	Kirgisistan	Turkmenistan
Arms Trade Treaty			
Bericht eingereicht:	Nein	Nein	Nein
Zuletzt berichtet am:	-	-	-
UN-Waffenregister			
Bericht eingereicht:	Ja	Ja	Ja
Zuletzt berichtet:	2017	2009	2010

Quellen: *United Nations Register of Conventional Arms; ATT Monitor*

Box 8

Bewertung des Korruptionsrisikos im Verteidigungssektor durch Transparency International

Aserbaidischens GI-Ranking (Stand: 2015) in Kategorie E platziert es in der sehr hohen Risikokategorie für Korruption im Verteidigungs- und Sicherheitssektor. Die Bereiche mit dem höchsten Risiko sind Beschaffung und Betrieb, die in die Kategorie F (kritisches Korruptionsrisiko) fielen. Die Verfassung von Aserbaidischens gibt dem Parlament offiziell die Befugnis, die Verteidigungspolitik zu überwachen und zu hinterfragen. In der Praxis fehlt es dem Gesetzgeber jedoch an Unabhängigkeit und Einfluss. Das Parlament hatte wenig bis keinen Einfluss auf das 2007 verabschiedete Nationale Sicherheitskonzept des Landes und seine offizielle Militärdoktrin, die 2010 verabschiedet wurde. Während Aserbaidischens seine Verteidigungsausgaben im Jahr 2015 um 27% erhöhte, sind nur wenige Informationen darüber verfügbar, wie die Ausgaben verteilt wurden. Zudem gibt es keine belegbaren Hinweise dafür, dass die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben jemals einer externen Prüfung unterzogen wurden. Der Prozess des Beschaffungszyklus für Verteidigungsgüter - von der Bedarfsanalyse über die Vertragsdurchführung und -unterzeichnung bis hin zur Veräußerung von Vermögenswerten - wird der Öffentlichkeit nicht vollständig zugänglich gemacht. Die formelle Gesetzgebung

für die Vergabeverfahren ist in der Praxis nicht effektiv. Betrugsfälle werden häufig nicht sanktioniert.

Für Kirgisistan und Turkmenistan liegen keine Bewertungen vor.

Das Korruptionsrisiko im Verteidigungs- und Sicherheitssektor bewertet Transparency International im Government Defence Anti-Corruption Index (GI) in den Kategorien A (sehr niedrig) bis F (kritisch).

Quelle: Transparency International: Government Defence Anti-Corruption Index

Kommentar

Alle drei Staaten sind vom illegalen Waffenhandel im Zuge des Konflikts in Afghanistan betroffen, der sich destabilisierend auf die gesamte Region auswirkt. Viele der Transportrouten in und aus dem Kriegsgebiet verlaufen durch die südkaukasische sowie zentralasiatische Region. So zieht sich eine der Haupttransitrouten für Drogen und illegale Waffen aus Afghanistan durch Turkmenistan. Kooperierte der ehemalige Präsident Nijasow im Rahmen des illegalen Waffen- und Opiumhandels noch mit den Taliban, kündigte sein Amtsnachfolger Berdimuhamedow an, den illegalen Handel eindämmen zu wollen. Dennoch ist anzunehmen, dass hochrangige Regierungsvertreter:innen weiterhin in den illegalen Handel involviert sind. So wurden die turkmenischen Behörden im März 2017 öffentlich von einem ehemaligen Gouverneur der afghanischen Provinz Herat beschuldigt, Waffen und militärische Ausrüstung an die Taliban zu liefern.

Turkmenistan berichtet sehr unregelmäßig an das UN-Waffenregister und hat zuletzt im Jahre 2010 einen Report eingereicht. Zwischen den in den Berichten dokumentierten Waffensystemen, die beispielsweise von russischer Seite exportiert und von Turkmenistan importiert wurden, existieren dabei erhebliche Diskrepanzen. Den internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) hat Turkmenistan weder unterzeichnet noch ratifiziert. Auch Aserbaidshan und Kirgisistan gehören nicht zu den Vertragsstaaten des ATT und haben zuletzt 2017 bzw. 2009 an das UN-Waffenregister berichtet. Auch hier zeichnen sich erhebliche Diskrepanzen zwischen den Zahlen, die in den nationalen Berichten angegebenen wurden, und den tatsächlich importierten Waffensystemen ab.

Insbesondere im Zuge des Bergkarabach-Konflikts grassiert im Kaukasus der illegale Handel mit Waffen, speziell Kleinwaffen und leichten Waffen. Aber auch Großwaffensysteme gelangen, trotz Waffenembargo der OSZE, illegal nach Aserbaidshan. So identifizierten Militärbeobachter:innen in der Tschechischen Republik hergestellte DANA-M1 Kanonenhaubitzen sowie Mehrfachraketenwerfer vom Typ RM-70 im aserbaidshani-schen Waffenarsenal. Obwohl der Export dieser Kriegswaffen zwischen 2016 und 2017 von den dafür zuständigen tschechischen Ministerien abgelehnt worden war, sollen sie Anfang 2018 illegal von der Czechoslovak Group Holding über Israel nach Aserbaidshan geliefert worden sein. Dabei war die israelische Firma Elbit als Endkunde verzeichnet. Die Waffensysteme wurden in Tel Aviv jedoch nicht entladen, sondern von dort direkt nach Baku transferiert. Der Transport erfolgte durch die staatliche Fluggesellschaft Silk Way, die Berichten zufolge vermehrt am illegalen Handel von Kleinwaffen in Kriegsgebiete beteiligt gewesen sein soll.

Die weit verbreitete Korruption innerhalb des aserbaidshani-schen Sicherheitssektors bildet den Nährboden für den Schwarzmarkt für Waffen. So bewertet der Government Defence Anti-Corruption Index (GI) von Transparency International das

Korruptionsrisiko im Verteidigungssektor als sehr hoch. Die gehandelten Waffen stammen dabei häufig aus alten Militärbeständen oder wurden aus lokalen Rüstungsunternehmen entwendet. Der Transit erfolgt häufig über die Kontakte und Handelsrouten der großen Drogenhändler:innen. Nicht nur für Drogen, sondern auch für Waffen verlaufen mittlerweile alle großen Transit- und Handelsrouten aus Afghanistan und dem Iran (nach Europa) durch Aserbaidschan.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden auch Waffensysteme aus kirgisischen Arsenalen auf dem Schwarzmarkt gehandelt. So waren im tadschikischen Bürgerkrieg von 1992 bis 1997 bspw. auch Kleinwaffen des kirgisischen Militärs im Einsatz, die illegal in die Konfliktregion transferiert wurden. Durch das Engagement der OSZE in Kirgisistan stellen der illegale Besitz und die Verbreitung von Kleinwaffen mittlerweile ein weniger ernsthaftes Problem dar, als in manchen anderen Staaten Zentralasiens. Dennoch ist auch in Kirgisistan Korruption ein massives Problem. Der Government Defence Anti-Corruption Index (GI) nimmt für Kirgisistan zwar keine Bewertung vor. Im Corruption Perceptions Index von Transparency International belegt Kirgisistan die 124. Position von 180 untersuchten Staaten.

Wirtschaftliche und technische Kapazität der Länder

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Aserbaidschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<i>The economic downturn since 2014 – due to falling oil prices – accelerated when oil prices plummeted again in the spring of 2020. As a result, four banks lost their licenses in April – May. Public discontent with the government due to economic and social problems, which did not show any signs of improvement, grew. This discontent grew further after a strict lockdown was introduced by the government due to the coronavirus outbreak and renewed attacks by the government against its critics during the pandemic. Dissatisfaction was also fueled by insufficient social assistance payments introduced by the</i>	<i>Economically, 2019 was a year of relative calm, with no breakthroughs and a GDP growth of over 4%. The president’s announcement of 2019 as the “year of development of the regions and digitalization” – prioritizing a set of social and economic development measures for the year – did not result in any major achievements, being ideas that would in any case require more than a year to bear fruit. An election year, 2020 began with awareness of the COVID-19 pandemic in China, though without a sense of how serious it would become – very soon and into the summer. The pandemic-induced crisis would</i>	<i>Gas-rich Turkmenistan has been in a severe economic crisis since 2015. Misguided economic policies, especially those pertaining to monetary and foreign exchange, have led to a further worsening of the already-difficult socioeconomic situation in the country during the reporting period. A massive shrinking of purchasing power, the rationing of basic foodstuffs at state-supported prices, restricted access to personal bank accounts and a significant increase in poverty are clear indicators. Scarce employment opportunities have dwindled further, while corruption has become even more rampant.</i>

Aserbaidtschan

authorities to mitigate the negative impact of the coronavirus crisis. Initially, the authorities hesitated to acknowledge the existence of COVID-19 cases in the country. However, when authorities in foreign countries announced positive test results among people traveling from Azerbaijan, the government succumbed. Subsequently, it introduced strict lockdown rules, including curfews and closed international borders. These measures were applied intermittently throughout 2020. A task force and a Coronavirus Response Fund were established, and dozens of specially equipped module hospitals were set up to deal with the pandemic. However, poor management of the repatriation of Azerbaijani citizens who remained abroad after closure of the borders, as well as the excessive use of power by local police while implementing the lockdown resulted in a couple of clashes of citizens with law enforcement. Yet, in general the response of the Azerbaijani authorities to the outbreak was assessed positively by the WHO and other international organizations. The Azerbaijani government expressed its solidarity with foreign states affected by the coronavirus and donated \$5 million to the WHO. COVID-19 statistics provided by the authorities showed that by

Kirgisistan

expose all the government's weaknesses, the effects of corruption and incompetence, as well as remarkable civic solidarity. By the middle of March, the first cases of COVID-19 were registered in Kyrgyzstan, and before long, the country came under strain from the pandemic. By end of the year, the country had reported over 80,000 infections and over 1,400 deaths, and had gone through a complete lockdown in Bishkek, restrictions of many sorts, a near collapse of the hospital system in the months of June and July when daily infection rates were in the hundreds, with a crisis in the supplies of medicines, medical equipment and personal protection items. From the beginning of the pandemic in March through its decline beginning in August, there was also an unprecedented level of mobilization of volunteering, charitable and mutual support activities among citizens. The economic effects of COVID-19 were deeply damaging. The lockdown, followed by other restrictions and coupled with border closures and the dire situation for many labor migrants working in COVID-stricken Russia, were key negative factors that nearly brought the economy to a halt. The leadership of Kyrgyzstan was busy, on the one hand,

Turkmenistan

The dire situation has been exacerbated by the COVID-19 crisis – and the government's total denial of it. There are only a handful of U.N. member states, including Turkmenistan, that have failed to report any cases of COVID-19. Nevertheless, the pandemic puts additional strains on the health system and the economy. People's growing discontent with the deterioration of living conditions is reflected in an increasing number of protest actions, including the distribution of leaflets, the hanging of posters and the labeling of banknotes with slogans directed against the president or the government. Despite restrictive travel regulations, an increasing number of people have made the decision to emigrate for economic and/or political reasons. The government is countering the population's visibly growing dissatisfaction with an even stronger denial of fundamental rights and freedoms, as well as threats of punishment for even the most negligible offenses against the state. A number of major projects in the natural gas and gas processing sectors, as well as with respect to transport corridors have brought the country attention. At first glance, Turkmenistan's cooperation with foreign governments has developed positively during the reporting period. The country

Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
<p>January 31, 2021, 2,408,050 people had been tested. At the time, the total number of confirmed cases was 230,219 and 223,315 infected had recovered, while 3,132 patients died.</p>	<p>soliciting help from all the international donors, and on the other, with drawing up strategies for helping the affected citizens and businesses and reviving the economy in general. The expected economic results of 2020 included a forecast of up to 10% decline in GDP, a quadrupling of the budget deficit, depreciation of the national currency by over 20% and inflation of over 9%.</p>	<p>has hosted an unprecedented number of international meetings and is participating in international events. However, these activities are intended to simulate cooperation and do not indicate an increasing openness or trend toward democratization. There are only two tangible reasons behind the increase in foreign contacts: first, the government wants to enhance the country's reputation in the interest of financing badly needed international natural gas and industrial projects and, second, to demonstrate to the population that the country's policies enjoy the esteem of the international community.</p>

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 17

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

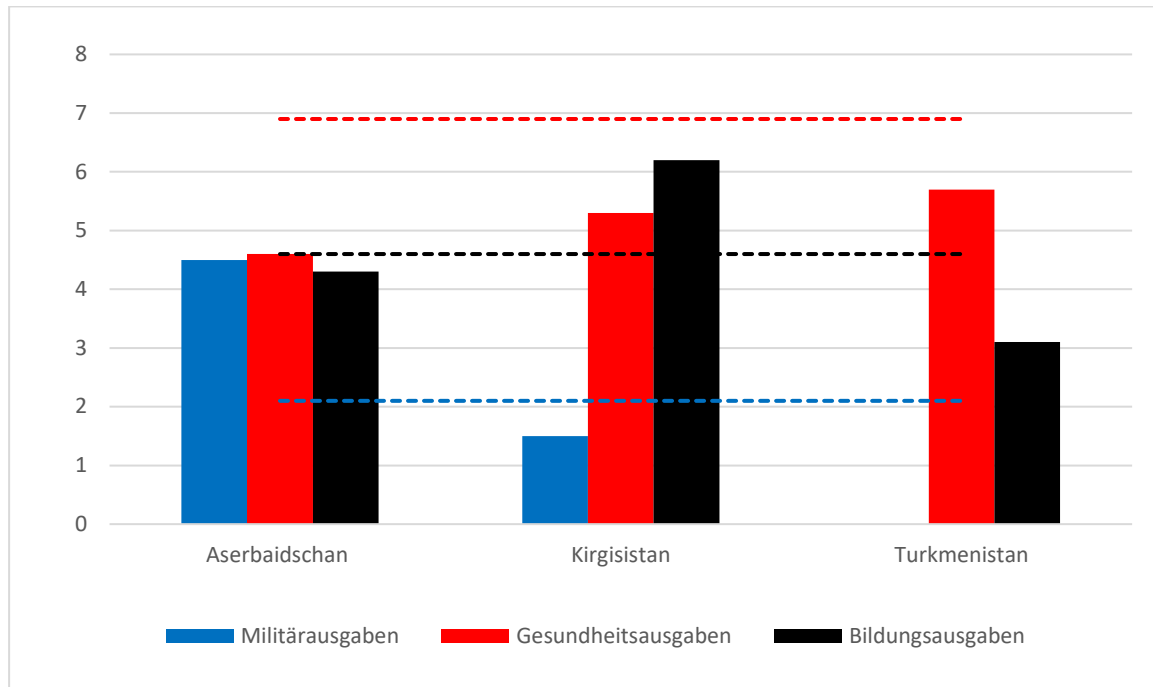
	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2265	131	-
Militärausgaben/BIP	4,5	1,5	-
Gesundheitsausgaben/BIP	4,6	5,3	5,7
Bildungsausgaben/BIP	4,3	6,2	3,1

SIPRI-Angaben (für 2022) in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr. Die aktuellen Zahlen der World Bank zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben berücksichtigen das Jahr 2020 (Bildungsausgaben Turkmenistans aus 2019).

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database; World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 8

Anteil von Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP im Vergleich (in %)



Die gestrichelte Linie veranschaulicht den jeweiligen Durchschnitt in der eurasischen Region im Jahr 2022 (Militärausgaben) bzw. 2020 (Gesundheits- und Bildungsausgaben). Bei der Berechnung der Durchschnittswerte wurden folgende Länder berücksichtigt: Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die Ukraine. Die Ukraine wurde aufgrund der enorm gestiegenen Militärausgaben bei der entsprechenden Rechnung entnommen. Teilweise wurden Zahlen aus dem Jahr 2019 genutzt, wenn bei einem Land keine aktuelleren Zahlen vorlagen.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database; World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 18

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe im Jahr 2021

	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Auslandsverschuldung	14645	9064	4851
Anteil am BIP (in Prozent)	26,7	103,7	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	46,44	148,48	10,24
Net ODA (% of GNI)*	0,09	1,9	-
Deutsche ODA Zahlungen*	-10,6	36,34	1,42

Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quellen: World Bank; IMF; OECD*

Tabelle 19

Ausgewählte Indikatoren

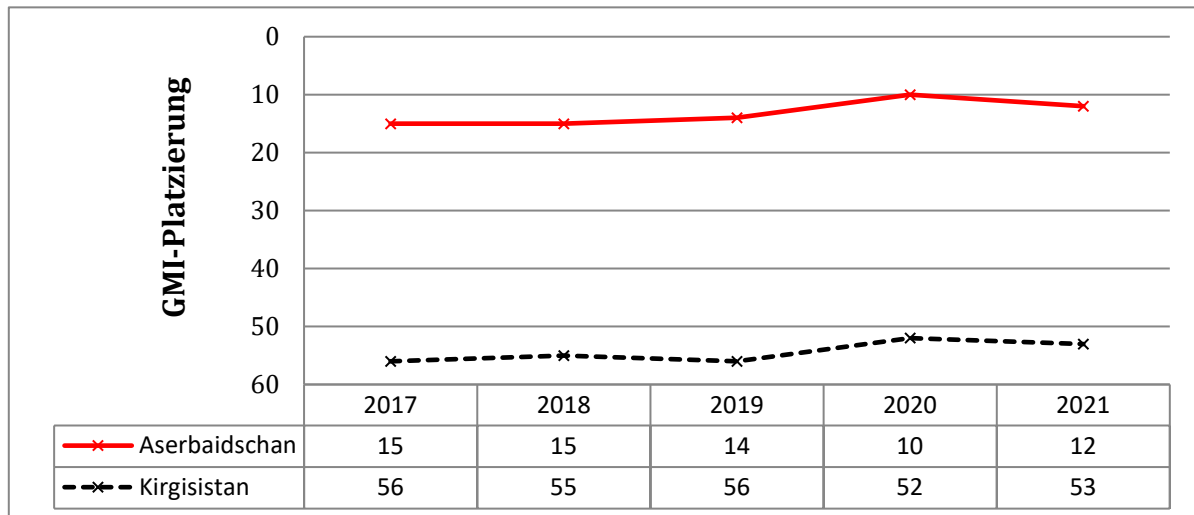
	Aserbaidtschan	Kirgisistan	Turkmenistan
Globaler Militarierungsindex (GMI) 2021	278 (Δ -5,23)	171 (Δ -5,56)	-
Human Development Index (HDI) 2021	0,745	0,692	0,745
Bertelsmann Governance-Index 2022	3,98	4,42	2,19
Global Competitiveness Index (GCI) 2019	62,7	54,0	-

Quellen: Bonn International Centre for Conflict Studies: Globaler Militarierungsindex; United Nations Development Programme: Human Development Index; Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Governance-Index; World Economic Forum: Global Competitiveness Index.

Der GMI bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI 2022 bildet die weltweite Militarisierung im Jahr 2021 ab. Der Wert Δ GMI gibt die jeweils aktuelle Militarisierungstendenz eines Staates an. Er errechnet sich aus der Differenz zwischen dem jeweils aktuellen GMI-Score und seinem Vorjahreswert. Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der Governance-Index ist ein Teilindex des Bertelsmann Transformationsindex und bewertet die Qualität der politischen Führung sowie wichtiger Nichtregierungsorganisationen hinsichtlich ihrer Leistung, Kapazität und Rechenschaftspflicht. Unter Berücksichtigung des jeweiligen Schwierigkeitsgrades wird die Regierungsleistung der Entscheidungsträger:innen eines Landes auf einer Skala von 0 (gescheitert oder nicht vorhanden) bis 10 (sehr gut) bewertet. Der GCI analysiert die künftigen Wachstumschancen einer Volkswirtschaft. Die Indexwerte reichen von 0 (sehr gering) bis 100 (sehr hoch). Darin fließen u. a. ein: Daten zur Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Effizienz der Gütermärkte, Arbeitsmarkteffizienz und der technologische Entwicklungsgrad.

Schaubild 9

Ranking im Globalen Militarisierungsindex (GMI), Trend 2017 – 2021



Da die SIPRI Military Expenditure Database für die turkmenischen Militärausgaben keine Zahlen zur Verfügung stellt, wird Turkmenistan im Ranking des Globalen Militarisierungsindex nicht berücksichtigt. Die Zahlen basieren auf dem GMI 2022; die Daten bilden jeweils den Stand des Vorjahres ab.

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies: <https://gmi.bicc.de/>

Kommentar

Aserbaidshan gehört zu den weltweit am höchsten militarisierten Ländern. Im Ranking des vom BICC berechneten Globalen Militarisierungsindex (GMI) lag das Land 2021 auf Platz 12; 2020 sogar auf Platz 10. Das bedeutet, Aserbaidshan stellt dem Militär im Verhältnis zu anderen Bereichen der Gesellschaft besonders viele Ressourcen zur Verfügung. Die wichtigste Triebkraft der hohen Militarisierung ist der Konflikt mit dem ebenfalls sehr hoch militarisierten Nachbarstaat Armenien (Platz 3 im GMI 2021). Von 2015 bis 2019 war ein deutlicher Rückgang der relativen Militärausgaben Aserbaidshans (5,5 auf 3,9 Prozent) zu beobachten, 2020 lagen die Ausgaben wieder bei 5,4 Prozent des BIPs, was auf den kurzen aber heftigen Krieg um die Region Nagorny-Karabach zurückzuführen sein dürfte.

Offenbar nahmen die gesunkenen Rohstoffpreise Einfluss auf den Staatshaushalt des stark vom Öl- und Gasexport abhängigen Landes. Mit einem HDI-Wert von 0,754 (Platz 88 im Gesamtranking des Human Development Index 2020) zählt Aserbaidshan aber immer noch zu den Ländern mit einer vergleichsweise hohen menschlichen Entwicklung. Das Risiko, dass die hohen Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen ist deshalb wohl relativ gering. Es sollte aber nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl der Anteil der Bildungs- wie auch der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP im Gegensatz zum Anteil der Militärausgaben unterhalb des regionalen Durchschnitts liegen.

Kirgisistan ist deutlich weniger stark militarisiert als Aserbaidshan. Laut GMI 2022 liegt es für das Jahr 2021 auf Platz 53 von insgesamt rund 150 berücksichtigten Ländern.

Auch wenn die Anteile der Bildungsausgaben Kirgisistans am BIP über dem regionalen Durchschnitt liegen, schneidet es hinsichtlich anderer sozio-ökonomischer Rahmendaten, wie etwa der Gesundheitsausgaben, der Auslandsverschuldung und Indizes wie dem HDI oder dem Global Competitiveness Index, schlechter ab als Aserbaidschan. Sollte sich der Anteil der Militärausgaben am BIP, der im Jahr 2020 bei 1,8 Prozent lag, deutlich erhöhen, so besteht ein Risiko, dass dies zu Lasten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geht. Zuletzt sank er jedoch auf 1,5 Prozent.

Für Turkmenistan verfügen wir schon seit geraumer Zeit nicht mehr über verlässliche Angaben zu den Militärausgaben. Zuletzt konnte für das Jahr 2002 ein GMI-Wert berechnet werden (Platz 35 von rund 150). Eine aktuelle Einschätzung, inwiefern eine Erhöhung der Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes beeinträchtigen könnte, kann deshalb kaum abgegeben werden.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn

bicc Bonn
International Centre
for Conflict Studies

Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
14.07.2023

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

